

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Altringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 29. Oktober 1930

Der Kampf der Metallarbeiter.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

SPD. Die Berliner Metallarbeiter werden am Donnerstag in einer Urabstimmung entscheiden, ob sie den Vereinbarungen über einen neuen Schiedsspruch zustimmen und den Streik abbrechen wollen. Die Obleute der Streikenden anerkennen allgemein, dass die neuen Vereinbarungen das unter den jetzigen Umständen Erreichbare darstellen. Es wird daher angenommen, dass der Abbruch des Streiks beschlossen wird. Daran dürfte auch die Aufforderung der Kommunisten zum Weiterstreiken nichts ändern. Ebensowenig wie die Kommunisten bisher die Streikbewegung beeinflusst haben, werden sie sie künftig beeinflussen.

Will man sich ein sachliches Urteil über den Ausgang dieser grossen Streikbewegung bilden, der grössten örtlichen Bewegung, die Deutschland seit Jahr und Tag erlebt hat, so muss man sich vor allen Dingen vergegenwärtigen, dass es eine Abwehrbewegung war. In einer Zeit grösster Erwerbslosigkeit und schwerster Wirtschaftskrise haben die Arbeiter der Berliner Metallindustrie, trotzdem nur ein Teil organisiert ist, den Kampf gegen die mächtigsten Grossunternehmer Deutschlands aufgenommen, die ihnen einen Lohnabbau von 15 Prozent diktieren wollten. Für diese unerhörte Forderung fanden die Unternehmer zwar nicht einmal die Unterstützung des vom Reichsarbeitsminister gestellten Sonderschlichters. Aber der von diesem erlassene Schiedsspruch sah doch eine Lohnkürzung um 8 Prozent für die Erwachsenen und von 6 Prozent für die jugendlichen Arbeiter vor.

Um diesen Schiedsspruch ging der Kampf. Er wurde von den Arbeitern abgelehnt. Die Unternehmer aber verlangten seine Verbindlichkeitserklärung. Sie setzten alle Kräfte in Bewegung, um die Verbindlichkeit zu erreichen. Der Lohnabbau in der Berliner Metallindustrie in diesem erheblichen Ausmass sollte das Signal sein für einen ähnlichen Abbau der Löhne in allen Wirtschaftszweigen in ganz Deutschland. Der Kampf der Berliner Metallarbeiter wurde deshalb nicht nur von ihnen selbst, sondern von der gesamten deutschen Arbeiterklasse als der Kampf aller Arbeiter angesehen.

Das Hauptziel der Unternehmer aber war ein politisches. Starke Kräfte waren am Werke, jede Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern zu verhindern, um einen politischen Konflikt hervorzurufen, der mit dem Sturz der Regierung Brüning, der Erschütterung der Regierung in Preussen und der Einführung der Diktatur enden sollte. Um das zu erreichen, haben die Unternehmer tagelang jede Verständigung mit den Arbeitern abgelehnt und die Regierung immer aufs neue aufgefordert, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären. Erfreulicherweise ist die Regierung Brüning dem nicht nachgekommen.

Die neue Vereinbarung bedeutet, dass die Unternehmer die Forderung nach Verbindlichkeitserklärung des alten Schiedsspruchs haben fallen lassen müssen. Es ist ihnen nicht gelungen, den von ihnen gewünschten Lohnabbau durchzusetzen. Sie haben anerkennen müssen, dass ein Lohnabbau, der ein Abbau der Preise noch nicht vorangegangen ist, und der daher eine wesentliche Schmälerung des Real-

lohns bedeuten würde, im Kampf gegen eine geschlossene Arbeiterschaft und gegen einen grossen Teil der öffentlichen Meinung nicht durchgesetzt werden kann. Zu diesem Ergebnis hat sicherlich auch sehr viel die Tatsache beigetragen, dass die Sozialdemokratie geschlossen an der Seite der streikenden Metallarbeiter stand. Die Sozialdemokratie hat im Reichstag die Annahme des Antrages durchgesetzt, der die Regierung aufforderte, die Verbindlichkeitserklärung nicht vorzunehmen.

Dem steht allerdings gegenüber, dass die Entscheidung des neuen Schiedsgerichts, das aus drei Unparteiischen mit dem früheren Reichsarbeitsminister Brauns als Vorsitzenden besteht, von vornherein von beiden Parteien angenommen worden ist. Der Streik wird also beendet, obwohl es ungewiss ist, wie die Entscheidung des neuen Schiedsgerichts ausfallen wird. Nachdem aber die Verbindlichkeitserklärung des alten Schiedsspruchs abgelehnt worden ist, ist in der neuen Regelung auf jeden Fall eine Verbesserung zu erblicken, weil der neue Schiedsspruch günstiger ausfallen muss, als der alte. Auch die Bestimmung, dass die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen wird, und dass der für den 3. November in Aussicht genommene Lohnabbau unterbleibt, ist ebenso ein Erfolg der Arbeiter wie die weitere Bestimmung, dass Massregelungen aus Anlass dieses Streikes nicht vorgenommen werden dürfen.

Das neue Schiedsgericht hat es nun in der Hand, den Waffenstillstand in der Berliner Metallindustrie zu einem wirklichen Frieden zu machen. Seine Aufgabe ist es, eine Lösung zu finden, die nicht nur eine Regelung der Arbeitsbedingungen in der Metallindustrie bringt, sondern zugleich eine Regelung, die zur Überwindung der Wirtschaftskrise beiträgt. Löhne und Preise stehen im engsten inneren Zusammenhang. Lohnsenkung ohne vorherige Preissenkung bringt keine Milderung der Wirtschaftskrise, sondern eine Erschwerung. Der Fehler des alten Schiedsspruchs, der den Lohnabbau vorsah ohne Preisabbau, darf deshalb nicht wiederholt werden.

Wenn der Kampf der Berliner Metallarbeiter ebenso geschlossen abgebrochen wird, wie er begonnen und geführt wurde, so ist das ein grosser politischer und moralischer Erfolg der Arbeiterklasse. All denen, die geglaubt haben, dass die deutsche Arbeiterklasse, gespalten durch Kommunisten und Nationalsozialisten, geschwächt durch Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise, nicht mehr fähig zur entschlossenen Abwehr ihrer Gegner sei, ist durch die Tat der Gegenbeweis geliefert worden. Die deutsche Arbeiterklasse kann und wird kämpfen, wenn man ihre Lebensinteressen anzutasten versucht!

SPD. Aachen, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die wilden Streiks der Kommunisten im Wurmrevier flauen ab. Auf allen Gruben sind am Mittwoch mehr Arbeiter als am Dienstag zur Arbeit erschienen. Die bisherige Taktik der Kommunisten ist gebrochen. Sie sind deshalb neuerdings dazu übergegangen, wichtige Zugangsstrassen zu den Werken durch Frauen zu besetzen. Aber auch diese Methode hat zu irgendwelchen Erfolgen nicht geführt.

SPD. Paris, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Ein typisches Beispiel für die Landflucht in Frankreich ist das Dorf Nidange bei Metz, das im Jahre 1910 noch 100 Einwohner zählte. Im Laufe der Jahre war die Einwohnerschaft immer mehr zurückgegangen. Dieser Tage hat der letzte Mann von Nidange Selbstmord verübt. Das Dorf ist nun von der Liste menschlich bewohnter Stätten gestrichen worden.

SPD. Der Preussische Minister des Innern hat über die Betätigung der Polizeibeamten für den "Verband der Schutz-Polizei-Beamten Preussens" folgenden Erlass herausgegeben :

"Die Zeitschrift des "Verbandes der Schutzpolizeibeamten E.V.", "Die Preussische Schutzpolizei" bringt in Nr.19/20 vom 1.10.1930 einen Leitartikel "Der Reichstag" von dem verantwortlichen Schriftleiter und Verbandsvorsitzenden R. Josupeit, der in seiner gehässigen und herabsetzenden Art weit das Mass des sen überschreitet, was den gewerkschaftlichen Vereinigungen der Beamtenschaft in der politischen Vertretung ihrer Forderungen zugebilligt werden kann. Verfasser, Ort der Veröffentlichung und die Art des Aufsatzes zwingen mich dazu, obwohl es sich nur um eine Organisation mit unbedeutender Mitgliederzahl handelt, die betätigung für den "Verband der Schutzpolizeibeamten Preussens" während des Dienstes und in den Unterkünften ebenso wie die Verbreitung der Zeitschrift "Die preussische Schutzpolizei" in den Unterkünften zu untersagen. Ein amtlicher Verkehr mit dem Verbande ist selbstverständlich ebenfalls ausgeschlossen."

SPD. München, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Entscheidung über das Sanierungs-Gesetz ist wider Erwarten am Mittwoch im bayerischen Landtag noch nicht gefallen. Die Ursache der überraschenden Verzögerung liegt darin, dass die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Auszahlung der Postabfindungszinsen noch nicht völlig abgeschlossen sind. Ohne diese 5,6 Millionen Mark Zinszahlung vom Reich ist aber ein Ausgleich des bayerischen Staatshaushalts für 1930 nicht möglich und ohne die vollkommene Deckung des Fehlbetrages findet sich im Landtag keine Mehrheit für das Sanierungsgesetz. Die bis zum letzten Augenblick mit dem Reichskanzler geführten Verhandlungen lassen aber die Erwartung als sicher erscheinen, dass am Donnerstag die Zusage des Reiches endgültig erfolgt. Das Plenum des Landtages vertagte sich deshalb auf Freitag.

SPD. Die Nationalsozialistische Fraktion des Preussischen Landtags machte sich in einer Kleinen Anfrage schwere Vorwürfe der "Lausitzer Landeszeitung" zu eigen, in der behauptet worden war, Regierungspräsident Dr. Fitzner in Frankfurt a.O. habe von angeblichen Unregelmässigkeiten in der Kassenführung des Arbeitsamtes in Eisleben gewusst, ohne dagegen einzuschreiten. Das Staatsministerium wurde gefragt, ob ihm diese Vorwürfe gegen Dr. Fitzner bekannt seien.

Wie der Preussische Minister des Innern in Beantwortung der Anfrage mitteilt, "entbehren die in der "Lausitzer Landeszeitung" gegen Regierungspräsident Dr. Fitzner in Frankfurt a.O. erhobenen Vorwürfe jeder Begründung. Dr. Fitzner hat in seiner Eigenschaft als früherer Landrat des Kreises Eisleben, obwohl ihm ein Aufsichtsrecht über das damals bereits zur Reichsbehörde gewordene Arbeitsamt an sich nicht zustand, bei der ersten Nachricht von angeblichen Unregelmässigkeiten in der Kassenführung des Arbeitsamtes in Eisleben sofort schriftlich eine Revision der Kasse gefordert, die - wie in dem Strafverfahren festgestellt wurde - auch tatsächlich vorgenommen worden ist. Die dem Regierungspräsidenten Dr. Fitzner in den Mund gelegte, auf eine Vertuschung der vorgekommenen Unregelmässigkeiten abzielende Äusserung ist frei erfunden."

SPD. Braunschweig, 29. Okt. (Eig. Dr.)

Im Ältestenrat des Braunschweigischen Landtages erklärte der Vorsitzende des Staatsministeriums Minister Dr. Kuechenthal am Mittwoch, dass er die grosse Anfrage der Sozialdemokratie wegen der Verfehlungen des Ministers Dr. Franzen am Donnerstag noch nicht beantworten könne, da er die Unterlagen von Berlin noch nicht erhalten habe. Die Anfrage wird deshalb erst am kommenden Dienstag begründet und beantwortet werden.

Allmählich rücken auch die bürgerlichen Parteien von Dr. Franzen ab. Es ist anzunehmen, dass er noch vor der Gerichtsverhandlung, die am 5. November im Grossen Schwurgerichtssaal in Braunschweig stattfinden und in der über die einstweilige Verfügung gegen den sozialdemokratischen "Volksfreund" verhandelt werden wird, zurücktritt.

In der Mittwoch-Sitzung des Landtags hat Kuechenthal nur eine nichtssagen- de programmatische Erklärung verlesen, die sich im allgemeinen gegen die Sozialdemokratie richtet. Ausserdem wurden Anträge auf Einführung einer Warenhaus- und Filialsteuer und eine Steuer zur Erfassung der Konsumvereine begründet.

SPD. Paris, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch ist es nach dem wütenden Presse Sturm, den die neue Hetzrede Mussolinis hier ausgelöst hat, im Pariser Blätterwald vollkommen still geworden. Die französische Regierung scheint also ihre alte Politik des systematischen Totschweigens auch jetzt gegenüber dem Duce fortsetzen zu wollen. Ob dahinter irgend welche konkrete Absichten stehen, ist bisher nicht ersichtlich geworden. Vielleicht will sich Tardieu die grosse aussenpolitische Aussprache in der Kammer zum Beginn der Herbsttagung nicht noch durch eine Polemik über die Alpengrenze hinweg erschweren, vielleicht hegt auch Briand immer noch die Hoffnung, die Verhandlungen mit Italien befriedigend zum Abschluss zu bringen.

Nur die radikale "Republique" Daladiers wagt es am Mittwoch der offiziellen Parole zum Trotz, zu erklären, dass die französische Aussenpolitik unter der Rechtsmehrheit Tardieus jede Kraft und jede Richtung verloren habe. Zwar versuche Briand die alte Linie fortzusetzen, aber er werde bei jedem Schritt von der Rechtsmehrheit der Regierung gehindert und gehemmt. So komme es, dass Frankreich den gewaltigen Geschehnissen in der europäischen Politik hilflos gegenüberstehe und sich darauf beschränke, Zeit zu gewinnen und abzuwarten.

SPD. Hannover, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Ortsverein Hannover der SPD befasste sich in zwei starkbesuchten Mitgliederversammlungen mit der gegenwärtigen politischen Lage und nahm nach eingehender Aussprache gegen eine Stimme folgende Entschliessung an :

"Die Zuspitzung der politischen und wirtschaftlichen Lage nach den Wahlen und die Verhandlungen im Reichstage zeigen die ausserordentlich grosse Gefahr des Faschismus. Das faschistische und bolschewistische Zusammenspiel drohen Deutschland in das Chaos zu führen. Vornehmste Aufgabe der Sozialdemokratie ist deshalb die Erhaltung der Demokratie als der Voraussetzung für den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse. Die Versammlung billigt deshalb die Haltung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Sie begrüsst zugleich die erfreuliche Initiative der republikanischen Regierung in Preussen und gelobt feste Geschlossenheit und höchste Kampfbereitschaft. Alle Kräfte der Arbeiterbewegung müssen gegen die faschistische Gefahr mobilisiert und insbesondere die Schutztruppe der Republik, das Reichsbanner aufs nachhaltigste unterstützt und gestärkt werden."

SPD. Paris, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Mittwoch ist auf offener Strecke der Expresszug Genf-Lyon-Bordeaux, der u.a. 200 rumänische Auswanderer transportierte, zwischen Ligneux und Negrondes, 25 Kilometer von Perigneux entfernt, entgleist. Bis Mittwochabend wurden acht Tote, 16 Schwer- und zahlreiche Leichtverletzte aus den Trümmern geborgen.

Die Verbindung mit den Nachbarstationen gestaltete sich ausserst schwierig da die Lokomotiven, die aus den Schienen sprangen und sich vollkommen umlegten, die Telegraphenstangen mitgerissen haben. Infolgedessen konnte der Hilfszug aus Perigneux erst $1\frac{1}{2}$ Stunden nach der Katastrophe an der Unglücksstelle ein-treffen. Da die Führer der beiden Lokomotiven tot sind, wird die Ursache der Katastrophe wahrscheinlich nur sehr schwer festzustellen sein. Man glaubt je-doch, dass sich infolge des anhaltenden Regens der Boden gesenkt und die Schie-nen unterhöhlt waren. Der Sachschaden ist sehr gross.

SPD. Detmold, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

In Detmold wurde anstelle des bisherigen, zum Regierungspräsidenten beför-derten Stadtrats Paulick der langjährige Fraktionsführer der Stadtverordneten-fraktion und Lokalredakteur Ludwig Sinsel zum besoldeten Stadtrat gewählt. Die Wahl ist deshalb bemerkenswert, weil die bürgerlichen Fraktionen der im Mägi-strat sonst nicht vertretenen Sozialdemokratie mit allen Mitteln, bis zur An-rufung des Staatsgerichtshofes, diesen Sitz streitig machen wollten. Die Demo-kraten stimmten mit den Sozialdemokraten für Sinsel, während die Rechtsparteier Obstruktion trieben.

SPD. Frankfurt/M., 29. Okt. (Eig. Drahtb.)

In Frankfurt/Main begann am Mittwoch ein Prozess gegen 10 Kommunisten, die des Aufruhrs angeklagt sind. Hauptangeklagter ist der kommunistische Abge-ordnete des Preussischen Landtags Müller.

Dem Prozess liegen Ereignisse zugrunde, die sich am 17. Dezember 1929 wäh-rend einer kommunistischen Demonstration abspielten, an der etwa 5000 Personen teilnahmen. Es kam zu Zusammenstössen mit der Polizei, in deren Verlauf die Be-amten mit Steinen bombardiert wurden. Die Anklage wirft dem Landtagsabgeordne-ten Müller Aufforderung zum Aufruhr durch Verbreitung einer Druckschrift unter dem straferschwerenden Umstand vor, dass diese Aufforderung von Erfolg beglei-tet gewesen sei. Der Preussische Landtag hat die Genehmigung zur Strafverfol-gung Müllers erteilt. Für den Prozess sind mehrere Tage in Aussicht genommen.

SPD. Paris, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Im nordfranzösischen Industriegebiet von Roubaix-Tourcoing sind grosse Luftschützübungen vorgenommen worden, die den Zweck hatten, die künstliche Ver-nebelung grosser Gelände nach den neusten Methoden auszuprobieren. Die Versuche scheinen befriedigend ausgefallen zu sein. Es gelang, im Laufe weniger Minuten dichten Nebel zu erzeugen, der ungefähr eine Stunde lang anhielt.

SPD. Washington, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die jüngste Einschränkung der Einwanderung nach Amerika zur Entlastung des amerikanischen Arbeitsmarktes hat sich nach der neuesten Statistik des Staatsdepartements bereits ganz beträchtlich ausgewirkt. Im September betrug die Einwandererziffer 17 792 gegen 28 020 im September des Vorjahres. In den ersten drei Monaten des gegenwärtigen Haushaltsjahres ging die Einwanderung aus Europa um 27 %, aus Kanada um 44,7 % und aus Mexiko sogar um 72,9 % zurück. Die Bundesbehörden beabsichtigen zur Entlastung des Arbeitsmarktes die Einwanderung noch weiter einzuschränken.

SPD. Der sächsische Landesverband der Metallindustriellen hatte zu einer Aussprache über den Metallarbeiterstreik auch den Führer der Nationalsozialisten Herrn Hitler, eingeladen. Hitler sagte jedoch in letzter Stunde ab und schickte seinen politischen Mitarbeiter Major Wagner nach Dresden. In der Aussprache wurden gegen die nationalsozialistische Parteileitung heftige Vorwürfe erhoben, weil sie ihren Mitgliedern die Beteiligung am Metallarbeiterstreik gestattet habe. Auf diese Vorwürfe antwortete Hitlers Stellvertreter, es sei der Führung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei nicht möglich gewesen, ihren Mitgliedern die Teilnahme am Streik zu verbieten, denn sonst wären die Arbeiter in Massen aus der Partei ausgetreten und zur Sozialdemokratie abgewandert.

Diese Entschuldigung der Nazis vor den Industriellen bestätigt nur, was jedem denkenden Arbeiter längst klar ist: die Arbeiterfreundlichkeit Hitlers und seiner Kumpane hat nur den Zweck, Dumme zu fangen. Herr Goebbels markiert in den Volksversammlungen den grossen Proletarierfreund und hinter den Kulissen erklären die Vertreter Hitlers, ihre zur Schau getragene Arbeiterfreundlichkeit sei nichts anderes als Mittel zum Zweck, auf deutsch: Schwindel.

SPD. Wien, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das Organ des Landbundes, das "Extrablatt", wurde am Mittwoch wegen Abdruck eines Putschplanes, den die Heimwehr im Sommer aufgestellt hatte, beschlagnahmt. Auch die Mittagszeitung wurde wegen Abdrucks eines Artikels, den Léon Blum im Pariser "Populaire" über die österreichische Gefahr geschrieben hatte, konfisziert. Der gleiche Schicksal blühte der "Wiener Allgemeinen Zeitung", die eine Statistik über die starken Kursrückgänge der österreichischen Aktien seit dem Antritt der neuen Regierung veröffentlicht hatte.

SPD. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags lehnte am Mittwoch nach einer mehrstündigen Debatte alle ihm vorliegenden Anträge zum Reparationsproblem mit wechselnden Mehrheiten ab. Angenommen wurde folgende Entschliessung zur Abrüstungsfrage:

"Der Auswärtige Ausschuss hat aufgrund des Berichts des Reichsministers des Auswärtigen von dem gegenwärtigen Stande der Frage der allgemeinen Abrüstung insbesondere von dem Ergebnis der Verhandlungen der diesjährigen Bundesversammlung des Völkerbundes über diese Frage, mit grösster Enttäuschung Kenntnis genommen. Er muss danach feststellen, dass die Bemühungen um die allgemeine Abrüstung bisher keinerlei praktische Erfolge erzielt haben. Die Staaten, die mit der Erfüllung ihrer rechtlichen und moralischen Verpflichtung zur Abrüstung seit Jahren im Rückstand sind, haben bei den letzten Genfer Beratungen nicht einmal zu einem Beschlusse veranlasst werden können, der die schnelle Einberufung der ersten allgemeinen Abrüstungskonferenz sichergestellt haben würde.

Deutschland steht somit vor der Tatsache, dass es die ihm auferlegte Ver-

pflichtung zu restloser Entwaffnung bis zum letzten Punkt hat durchführen müssen, dass ihm aber die vertraglich zugesicherte, längst fällige Gegenleistung immer noch in ihrem ganzen Umfang rechtswidrig vorenthalten wird. Darüber hinaus erfolgt in manchen Ländern sogar noch eine Verstärkung der Rüstungen. Der Auswärtige Ausschuss ist der Ansicht, dass dieser Zustand in krassem Widerspruch zu dem Grundsatz der Gleichberechtigung steht, dass er eine ernste Bedrohung der Sicherheit Deutschlands und damit des Weltfriedens bedeutet, und dass er aus diesen Gründen völlig unhaltbar ist.

Der Auswärtige Ausschuss erwartet von der Reichsregierung, dass sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf die schleunige Änderung der gefährvollen Lage hinwirkt, und dass sie mit äusserstem Nachdruck darauf besteht, eine Abrüstung der anderen Staaten zu fordern, die nach Umfang und Art der Abrüstung Deutschlands und dem Grundsatz paritätischer Sicherheiten entspricht und dass sie Klarheit darüber herbeiführt, ob die auswärtigen Mächte gewillt sind, diese Forderung entsprechend den im Versailler Vertrag festgelegten Verpflichtungen zu erfüllen."

SPD. Wien, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der christlichsoziale Bundesrat Steidle erklärte in einer Wählerversammlung in Innsbruck, dass er als Listenföhrer der Heimwehr nicht gleichzeitig der Christlichsozialen Partei angehören könne. Steidle dürfte demnach aus der Christlichsozialen Partei ausscheiden.

SPD. Das Reichsfinanzministerium teilt mit, dass die meisten der grösseren Benzin- und Benzolgesellschaften sich bereit erklärt haben, die auf Grund des Beimischungszwanges in Frage kommenden Mengen an Monopolsprit tatsächlich zu übernehmen, und auf die Ablösung zu verzichten. Dabei hat die Reichsregierung den Benzin- und Benzolgesellschaften eine Beteiligung an der Reichskraftsprit G.m.b.H. zugestanden. In diesem Zusammenhang betont das Reichsfinanzministerium, "dass die Reichskraftspritgesellschaft in ihrem bisherigen Geschäftsumfang erhalten bleibt, ohne dass die Monopolverwaltung weiterhin noch an dem Geschäftsrisiko beteiligt ist." Nach einer anderen Meldung haben die grossen Oelkonzerne, meistens ausländische Gebilde, in Gemeinschaft mit der Deutschen Gasolin A.G. und mit dem Benzolverband nach dem Abkommen mit dem Reich die Mehrheit bei der Reichskraftsprit fest in Händen.

SPD. Eisenach, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der frühere Lokalredakteur der volksparteilichen "Eisenacher Zeitung", Eisen, erhebt in der Öffentlichkeit gegen den Eisenacher Oberbürgermeister Janson, sowie gegen die Direktion der Zeitung schwere Vorwürfe. Eisen erklärt, der Oberbürgermeister benutze die "Eisenacher Zeitung" als ein gefügiges Werkzeug. Die Zeitung stehe in solcher wirtschaftlichen Abhängigkeit zur Stadtverwaltung, dass die Verlagsleitung dem Verlangen des Oberbürgermeisters auf Entfernung Eisens als Redakteur habe entsprechen müssen. Über die Veröffentlichung der Artikel des Lokalredakteurs habe der Oberbürgermeister entschieden. Als der verantwortliche Redakteur über verschiedene Fragen eine andere Meinung vertreten habe, sei ihm vom Oberbürgermeister mit seiner Entfernung gedroht worden, die dann auch sehr bald wahr gemacht worden sei.

SPD. Im Preussischen Staatsrat stand am Mittwoch u.a. eine förmliche Anfrage des deutschnationalen Freiherrn von Gayl-Ostpreussen über den Abschluss eines Vertrages mit den evangelischen Kirchen zur Beratung. Vom preussischen Kultusministerium war dazu eine Mitteilung eingegangen, die besagt, dass, nachdem das Preussische Staatsministerium zu den bisherigen Verhandlungen über den Abschluss eines Vertrages mit den evangelischen Landeskirchen Stellung genommen habe, den beteiligten obersten Kirchenbehörden der Entwurf eines Vertrages zugeleitet worden sei. Ein Zeitpunkt für den Abschluss der Verhandlungen sei noch nicht abzusehen.

Ohne in eine Erörterung einzutreten, nahm der Staatsrat Kenntnis von dieser Mitteilung.

SPD. Weimar, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Ruhlaer Bürgermeister Kohlrausch, der der kommunistischen Opposition angehört, ist von Frick wegen seiner politischen Gesinnung seines Amtes enthoben worden. Ferner wurde gegen Kohlrausch ein Verfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung eingeleitet. Kohlrausch ist erst kürzlich auf weitere 12 Jahre vom Stadtrat zum Bürgermeister gewählt worden.

Der kommunistische Beigeordnete Greif in Waltershausen, sowie der kommunistische Bürgermeister Hermann in Gräfenhain wurden ebenfalls wegen ihrer Zugehörigkeit zur KPD ihres Amtes enthoben.

SPD. London, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Aus einer Anfrage in der Mittwochsitzung des englischen Unterhauses geht hervor, dass Aussenminister Henderson in diesen Tagen dem russischen Botschafter ernste Vorhaltungen über die Sowjetpropaganda in Grossbritannien gemacht hat. Der Sowjetbotschafter versicherte, die russische Regierung sei bemüht, alle in dem englisch-russischen Vertrag niedergelegten Bestimmungen zu beachten und sich jeder Propaganda gegen Grossbritannien zu enthalten. Russland könne jedoch die Tätigkeit der III. Internationale nicht überwachen. Darauf hat die englische Regierung nochmals die russische Regierung auf die Gefahren hingewiesen, die sich aus einer solchen zwiespältigen Auslegung der von Russland eingegangenen Verpflichtungen ergeben müssen, und die Fortdauer der antienglischen Propaganda das freundschaftliche Verhältnis zwischen den beiden Staaten gefährden könne.

Der "Daily Herald" unterstreicht die vorstehenden Tatsachen in einem Leitartikel. Er warnt die russische Regierung in sehr ernster Sprache und ersucht sie, die Propaganda gegen Grossbritannien einzustellen, da es sonst unmöglich wäre, die guten Beziehungen zwischen England und Russland aufrecht zu erhalten.

SPD. Tokio, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Polizei hat einen grossen Morphin-Schmuggel aufgedeckt. Grosse Mengen des Rauschgiftes sind in den letzten Monaten durch Flugzeuge ins Ausland gebracht worden.

SPD. London, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Im Unterhaus sprach am Mittwoch Lloyd George zur Thronrede. Er kritisierte zunächst die Palästina-Politik der Regierung und wies die Erklärungen MacDonalds vom Dienstag als ungenügend zurück. Eine Stellungnahme zu dem neuen von der Regierung angekündigten Gewerkschaftsgesetz sei für die Liberalen noch

nicht möglich. Die Gerechtigkeit verlange unbedingt eine Wahlreform. Heute bestehe in England der Zustand, dass die Labour Party bei 29 000 Stimmen, die konservative Partei bei 34 000 Stimmen einen Abgeordneten erhalte, die liberale Partei brauche dagegen 90 000 Stimmen für jeden Parlamentssitz. In der Frage der Arbeitsbeschaffung wünschten die Liberalen eine grössere Aktivität der Regierung, die keine Mehrheit hinter sich habe und deshalb die Wünsche der Liberalen beachten müsse.

Im weiteren Verlauf der Sitzung ergriff Oswald Mosley das Wort zu einer grossen Rede, in der er seine Ideen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrise vortrug.

SPD. Breslau, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das Oberschlesische Steinkohlen-Syndikat beschloss am Mittwoch entgegen der anfänglichen Zusage der ober-schlesischen Stein-Industrie, ab 1. Dezember die Kohlenpreise um 6 % zu senken, die Preissenkung von der Gestaltung der Löhne abhängig zu machen. Der Beschluss hat den Zweck, auf das Reichsarbeitsministerium im Sinne einer Nichtverlängerung des gegenwärtigen Lohn-tarifs im ober-schlesischen Bergbau einen Druck auszuüben, nachdem der zuständige Schlichter kürzlich einen Schiedsspruch gefällt hat, in dem eine Verlängerung des gegenwärtigen Lohn-tarifs ausgesprochen ist. Die Erwartung der Arbeitnehmer geht dahin, dass dieser neue Spruch für verbindlich erklärt wird. Im anderen Falle dürfte ein schwerer Lohnkampf zu erwarten sein.

SPD. Lissabon, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Ein am Mittwoch veröffentlichter Gesetzentwurf der Regierung will den portugiesischen Frauen das aktive und passive Kommunalwahlrecht gewähren. Gleichzeitig schlägt das Kabinett eine Verfassungsreform vor, die die künftige Verwaltung des Landes den Provinzial- und Kommunalräten überträgt. Lissabon und Oporto sollen eine eigene Selbstverwaltung in Form freier Reichsstädte erhalten.

SPD. London, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Das englische Auswärtige Amt hatte vor einiger Zeit eine Note nach Paris gesandt, in der Frankreich ersucht wurde, die in Frankreich von Engländern gezeichneten Kriegsanleihen in Gold zurückzuerstatten. Die nunmehr in London eingetroffene französische Antwort lehnt die englische Forderung ab. Die französische Regierung könne schon im Interesse ihrer eigenen Landsleute keinen Präzedenzfall schaffen und nicht die ausländischen Anleihezeichner anders behandeln als die französischen.

Die Absage bedeutet, dass jene Engländer, die z.B. 1915 rund 30 Millionen englische Pfund in französischer Kriegsanleihe eingezahlt haben nur noch sechs Millionen englische Pfund zurückbekommen. Insgesamt verlieren die britischen Zeichner französischer Kriegsanleihen 52 Millionen Pfund. England hofft jedoch trotz der ablehnenden Note, zu einem günstigeren Ausgleich mit Frankreich zu gelangen. Die Angelegenheit hat jedoch prinzipielle Bedeutung für alle nach dem Kriege von einer Inflation heimgesuchten Länder.

SPD. Brüssel, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Gerüchte, nach denen die belgische Regierung die Absicht hat, vom belgischen Parlament 2 Milliarden Francs für Verteidigungszwecke über das normale Kriegsbudget hinaus zu fordern, verdichten sich immer mehr. Der Betrag soll auf dem Anleiheweg beschafft und zur Modernisierung der Festungen von Lüttich und Namur und der Anlegung von Befestigungswerken in der Provinz Limburg sowie zur Beschaffung von Kriegsmaterial verwandt werden.

Im Verlauf der letzten Woche sollen mehrfache Besprechungen zwischen Vertretern der französischen und der belgischen Generalstäbe stattgefunden haben, wobei die Franzosen dringend die Beschleunigung des Ausbaues der Befestigungswerke an der belgischen Ostgrenze gewünscht haben sollen. Dieser Druck scheint auf die belgische Regierung nicht ohne Wirkung geblieben zu sein.

Die Aussicht, in einem Augenblick schwerer Finanznot und beginnender Wirtschaftskrise ungeheure Summen für Kriegszwecke auszugeben, ist nicht geeignet, die ohnehin schon ziemlich gespannte innerpolitische Lage in Belgien zu erleichtern. Noch bestehen ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen den liberalen und katholischen Verbündeten innerhalb der Regierungskoalition über die Sprachenfrage und die geplanten Zollreformen. In den letzten Tagen wird sogar immer mehr von der Möglichkeit einer baldigen Regierungskrise gesprochen. Insbesondere der demokratische Flügel der katholischen Partei wird kaum schon schon allzugrosses Schuldkonto durch Bewilligung neuer grosser Kriegsausgaben weiter belasten wollen. In Anbetracht dieser Situation sieht man in Regierungskreisen der für den 11. November anberaumten Wiedereröffnung des Parlamentes nicht ohne ernste Sorgen entgegen.

SPD. London, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

In der konservativen Partei flackert wieder einmal der Aufruhr gegen Baldwin und gegen die offizielle Parteipolitik. Beaverbrook und Rothermere sind die im Hintergrund stehenden Antreiber. In ihrer Presse wurde am Mittwoch eine von 44 konservativen Abgeordneten unterzeichnete Entschliessung veröffentlicht, die den sofortigen Rücktritt Baldwins verlangt. Verschiedene Abgeordnete erklärten jedoch, es sei ihnen unverständlich, wie ihr Name unter das Dokument gekommen sei.

Eine grosse konservative Parteikonferenz wird sich am Donnerstag sowohl mit diesen Vorgängen wie mit der konservativen Parteipolitik beschäftigen.

SPD. Bombay, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der kürzlich aus dem Gefängnis entlassene und am 19. Oktober aufs neue verhaftete Kongressführer Jawahrlal Nehru wurde am Mittwoch in Alahabad wegen Aufreizung zur Gesetzesverletzung und Aufforderung zum Steuerstreik zu zwei Jahren schweren Kerkers verurteilt.

SPD. Tokio, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Aufstand der Eingeborenen von Formosa gegen die japanischen Behörden hat, wie jetzt offiziell gemeldet wird, 200 Japanern und Polizisten das Leben gekostet. Unter den Toten befinden sich 23 Frauen, 17 Mädchen und 21 Knaben. Die Köpfe der Getöteten wurden von den Eingeborenen abgeschnitten und im Triumph nach Hause getragen.

Der Aufstand richtete sich hauptsächlich gegen zwei japanische Niederlassungen, die vollständig zerstört wurden. Die japanische Regierung sei, so erklärt sie, wieder Herr der Insel. Die Insel wurde nach dem verlorenen Krieg von 1894/95 von China an Japan abgetreten.

SPD. Köln, 29. Oktober (Eig. Drahtb.)

Im Kölner Rathaus tagte am 27. und 28. Oktober die gemeinsame Kommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiterinternationale zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. In den zweitägigen Beratungen wurden die wichtigsten Probleme der gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Lage und die Arbeitslosigkeit erörtert. Man beschloss einmütig ein Kampfprogramm, das die wichtigsten unmittelbaren Forderungen zur Linderung der Not der Arbeitslosigkeit enthält. Ausserdem wurde ein Arbeitsprogramm für weitere Massnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise aufgestellt. Zur Vorbereitung der Beschlussfassung über diese Fragen wurden Kommissionen und Berichterstatter gewählt, die ihre Beratungen unverzüglich aufgenommen haben. Die Vollkommission wird Anfang Dezember nochmals zusammentreten, die Berichte entgegennehmen und die notwendigen Entschliessungen für die weiteren Phasen des Kampfes fassen.

Im Anschluss an die Tagung der gemeinsamen Kommission der beiden Internationalen fand am 29. Oktober eine gemeinsame Beratung der Vorstände der beiden Internationalen statt. Deutschland war durch den Vorsitzenden der S.P.D., den Reichstagsabgeordneten Otto Wels, vertreten. In der Sitzung erörterte man die Vorstösse des Faschismus in Europa und besprach insbesondere die Lage in Polen, Österreich, Deutschland und Finnland. Eine ausführliche Entschliessung, die einstimmig beschlossen wurde, zeichnet die gegenwärtige politische Situation in diesen vom Faschismus augenblicklich am stärksten bedrohten Ländern und die Aktionsmöglichkeiten zur Abwehr der Gefahr. An den polnischen Sozialisten Kwapinski, den Vorsitzenden des Freien Gewerkschaftsbundes Polens, und Zerbe, dem Führer der deutschen Sozialdemokraten in Polen, die auf Grund lächerlicher Anklagen zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt worden sind, wurden Sympathie-telegramme abgesandt. Die Tagung nahm schliesslich noch den Bericht über die bisherigen Arbeiten der gemeinsamen Kommission der beiden Internationalen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entgegen und hiess sie einstimmig gut. Ferner wurde einstimmig eine Protestentschliessung gegen die Massenhinrichtung in Sowjet-Russland angenommen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Koch freigesprochen!

Aber nur wegen "Mangels an Beweisen".

SPD. Halberstadt, 29. Oktober (Eig. Ber.)

Unter ungeheurem Andrang des Publikums wurde in dem Prozess gegen den der Ermordung des Bergwerksdirektors Kramer in Nachterstedt angeklagten Bademeister Koch am Mittwoch mittag um 1 Uhr folgendes Urteil verkündet: "Der Angeklagte Otto Koch wird von der Anklage des Mordes auf Kosten der Staatskasse freigesprochen".

Die Urteilsbegründung durch den Gerichtsvorsitzenden Landgerichtsdirektor Dr. Pfanne kam einer moralischen Verurteilung des Angeklagten gleich. Man hatte den Eindruck, dass das Gericht sich lediglich dem Spruch der Mehrheit der Geschworenen gefügt hat. Der Angeklagte Koch sei, so heisst es in der Urteilsbegründung, nur auf Grund mangelnder Beweise freigesprochen worden. Nach wie vor laste der schwere Verdacht des Mordes auf dem Angeklagten. Das Gericht sei von seiner Schuldlosigkeit nicht überzeugt. Die belastenden Aussagen der Frau Koch halte das Gericht für durchaus glaubhaft. Das Geständnis, welches der Angeklagte seiner Frau gemacht habe, halte das Gericht für eine den Tatsachen entsprechende Selbstbezeichnung. Koch habe den Direktor Kramer mit drohendem Hass verfolgt und diesen Hass wohl auch in die Tat umgesetzt. Die Aussagen der Familie Brandt, wodurch das Alibi des Angeklagten bewiesen wird, würden für das Gericht völlig ausscheiden. Der Alibibeweis sei nicht einwandfrei erbracht, obgleich andererseits auch nicht genau festgestellt werden könne, ob Koch nicht doch zurzeit des Mordes in seiner Wohnung war. Deshalb müsse der Angeklagte freigesprochen werden.

Während der Gerichtsvorsitzende der Ehefrau Koch, der einzigen Belastungszeugin alles glaubt, kommen die Entlastungszeugen weniger gut weg. Den Sachverständigen Dr. Rauschenbach, der als Hausarzt nichts Nachteiliges über Koch aussagen konnte, nennt er einen "Gönner des Angeklagten". Dann fühlte sich der Vorsitzende auch noch verpflichtet, den Verteidiger Rechtsanwalt Braun nachträglich deshalb zu rügen, weil dieser in seinem Plaidoyer zum Ausdruck gebracht hätte, dass Koch nicht die geringste Ursache gehabt hätte, den Direktor Kramer zu ermorden, denn den einzigen materiellen Vorteil von dem Morde habe nur die Witwe Kramers gehabt, die 190 000 Mark aus der Versicherung bekommen habe. Der Vorsitzende brachte zum Ausdruck, dass er erwartet hätte, dass der Verteidiger auch des schweren Verlustes der Frau gedenken würde. Nicht der leiseste Schatten eines Verdachtes der Täterschaft falle nach Ueberzeugung des Gerichtes auf Dr. Kaeding, der als einziger bei der Tat zugegen war.

Der Haftbefehl wurde sofort aufgehoben und der Angeklagte in Freiheit gesetzt. Vor dem Gerichtsgebäude warteten Tausende, um den Freigesprochenen zu sehen und zu begrüßen. Deshalb wurde Koch, als er das Gerichtsgefängnis verlassen hatte und mit lauten Hochrufen begrüsst worden war, mit einem Auto auf rückwärtigen Wegen nach seiner Wohnung in Hoym gebracht, wo er von den Arbeitskollegen der Grube "Concordia" mit grossem Jubel empfangen wurde. Frau Koch hat die Wohnung in Hoym bereits am Dienstag abend geräumt und ist zu ihrem verheirateten Sohn gezogen, um nicht die wohl schon vor der Urteilsverkündung von ihr erwartete Rückkehr ihres Gatten miterleben zu müssen. Da die Bevölkerung gegen Frau Koch eine sehr drohende Haltung einnimmt, ist die Polizei auf dem Posten, um sie vor Tätlichkeiten zu schützen. - Der Staatsanwalt soll beabsichtigen, gegen das freisprechende Urteil Revisio einzulegen.

Mit Giftmord in das Dritte Reich!

Die Fememörder räumen untereinander auf - Das düstere Hakenkreuzmysterium von Osnabrück.

SPD. Geheimnisvolle Dinge scheinen in Osnabrück vorzugehen. Dort regiert als Führer der einheimischen Naziortsgruppe der Kaufmann Ludwig E. Buhs, ein sehr energischer und demagogischer Mensch, der sich in Hetzereien gegen die Republik und ihre Repräsentanten nie genug tun konnte. Buhs, der kurz nach der Revolution auch einmal Kommunist gewesen sein soll, gilt als einer der wildsten und skrupellosesten Hakenkreuzhüptlinge, dessen Fanatismus alle Erwägungen der Vernunft über den Haufen zu werfen pflegt.

Der Grabsteinfabrikant der NSDAP.

Buhs ist, wie es sich für einen Nationalsozialisten" geziemt, Grossunternehmer und zwar Inhaber einer Marmorfabrik. Seine Spezialität soll die Lieferung von Grabsteinen sein. Vor kurzer Zeit erkrankte Herr Buhs an schweren Vergiftungserscheinungen. Er fiel in Ohnmacht, wurde totenbleich, man befürchtete das Schlimmste. Schleunigst wurde ein Arzt herbeitelefoniert. Der Mediziner stellte fest, dass Buhs offenbar vergiftet war. Sofort wurde die Kriminalpolizei alarmiert.

Das Gift in der Kaffeetasse.

Die polizeiliche Untersuchung führte zu überraschenden Ergebnissen. Eine Blutuntersuchung ergab, dass sich im Körper des Herrn Buhs erhebliche Quantitäten von Arsen befanden. Eine weitere Prüfung der Kaffeereste liess darüber Klarheit gewinnen, dass der Kaffee, den Herr Buhs am Nachmittag der Gifttat getrunken hatte, Bestandteile von Giften enthielt, deren genauere chemische Zusammensetzung allerdings nicht mehr möglich war.

Warum Geheimhaltung?

Merkwürdigerweise versuchte der Nazihauptling Buhs alles, um diese mysteriöse Vergiftungsaffäre geheim zu halten. Er untersagte den mit der Angelegenheit Vertrauten, über die Affäre zu reden und dachte gar nicht daran, seinen Fall, der vom propagandistischen Standpunkt aus gesehen, ja vielleicht eine sehr wertvolle Bereicherung des nationalsozialistischen Propagandaarsenals darstellen konnte, zu publizieren. Schon das erregte einen gewissen Verdacht. Trotz dieser seltsamen Vertuschungsmanöver kam der Vergiftungsfall durch eine Indiskretion in eine Osnabrücker Zeitung. Das Aufsehen, das der sensationelle Vorfall erregte, war ausserordentlich, und mancherlei Gerüchte, die sicher nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen waren, gingen um.

Mörder auf höheren Befehl?

Die Polizei ist eifrig dabei, dem eigenartigen Vergiftungsfall auf die Spur zu kommen. Man müsste eigentlich logischerweise annehmen, dass es sich bei dem Giftanschlag auf den nationalsozialistischen Führer um einen Akt politischer Gegner handele, da private Gründe ziemlich ausgeschlossen erscheinen. Aber davon abgesehen, dass mit den hier gebrauchten Mordmitteln im allgemeinen nur Nationalsozialisten und keine Republikaner zu arbeiten pflegen, lenken auch manche andere Gründe den Verdacht in ganz entgegengesetzte Richtung. Es wird von sehr vielen Leuten, die keineswegs leichtfertig zu urteilen pflegen, angenommen, dass auf den Hakenkreuzführer Buhs ein Anschlag aus den eigenen Reihen unternommen worden ist. Es wäre hier also das mörderische Walten einer nationalsozialistischen Feme festzustellen, die bereits beginnt, die eigenen Führer, sobald sie unbequem zu werden beginnen, abzukillen.

Der Hass der Hitlertreuen.

Herr Buhs scheint gewissen Leuten in der NSDAP wirklich unbequem zu sein. So wird von ihm erzählt, dass er in recht scharfer Opposition zur offiziellen Leitung und zum "reformistischen" Hitlerkurs der NSDAP gestanden hat und noch steht. Es werden ihm unverhohlene Sympathien für jene "nationalrevolutionäre"

Gruppe nachgesagt, die Herr Otto Strasser führt und die sich im schärfsten und rücksichtslosesten Kampf gegen die offizielle Partei befindet, der von dieser Seite "Verrat der deutschen Revolution" vorgeworfen wird. In der Osnabrücker Ortsgruppe hat, wie berichtet wird, diese Einstellung des Herrn Buhs den heftigen Unwillen der Hitlerstreuen erregt.

Schweigen im Nazi=Blätterwald.

Es ist schon sehr leicht möglich, dass die Herren "Feme Richter", die ja bei den Nationalsozialisten im allgemeinen sehr beliebt sind, hier einmal in den eigenen Reihen aufräumen wollten. Auffällig ist auch weiterhin, dass sich die offiziellen Naziblätter über diesen Giftmordanschlag auf einen ihrer Führer völlig ausgeschwiegen haben. Sie sind ja sonst nicht so diskret, wenn es gilt, den gottverfluchten Marxisten irgend etwas an die Rockschösse zu hängen.

Partei Blut!

Wie jetzt verlautet, soll man bereits einer bestimmten Spur nachgehen, die die sehr konkreten Gerüchte, die über den Fall Buhs im Umlauf sind, voll auf bestätigen. Man wird wohl daher bald höchst interessante Dinge aus Osnabrück zu hören bekommen. Sollte sich die ungeheuerliche Vermutung, dass Herr Buhs von seinen eigenen Freunden mit Gift verfolgt wird, bestätigen, so wäre man hier einem moralischen Panama der Nationalsozialisten auf die Spur gekommen, wie es scheusslicher und niederschmetternder nicht gedacht werden kann. Die zahllosen Wähler, die aus Sentimentsgründen am 14. September die NSDAP gewählt haben, sehen nun, in welchem widerwärtigen Sumpf und in welcher Schmutzhöhle sie durch eine Stunde des politischen Unmuts geraten sind! -

+ + +

Halbmast im ganzen Reich.

Die letzte Fahrt der 95 Opfer der Grube Maybach.

SPD. Aus dem ganzen Saargebiet waren die Menschen herbeigeeilt, um den Toten der Grube Maybach das letzte Geleit zu geben.

Die nach Maybach fahrenden Strassenbahnen und Eisenbahnzüge waren vom frühen Morgen an überfüllt: Frauen, Kinder und sehr viele Bergknappen - alle, alle kamen. Zu Tausenden zog das Heer der Trauernden durch den regnerischen Morgen dem Zechenhaus zu, das in entsetzlicher Weise zum Trauerhaus hatte werden müssen: hier waren die Särge der 95 Opfer aufgebahrt. Aber nicht nur auf der Landstrasse stehen die, die Leidtragende auch dann sind, wenn sie nicht gerade Verwandte, sondern Arbeitskollegen in den Opfern beklagen. Überall, in der ganzen Umgebung, waren sie stumm, ein dichtes Heer der Arbeit, eine letzte Ehrenwacht, eine letzte Totenwacht, eine Parade der Demut und des kameradschaftlichen Grusses. Das sind nicht Tausende, das sind Zehntausende. Sie sehen nicht mehr als das Zechenhaus und nicht mehr als die armseligen Häuser und gigantischen Fördertürme, die auch sonst das gewohnte traurige Milieu ihres proletarischen Lebens bilden. Aber sie, die Zehntausende, sie wollen da sein an diesem schweren Tag. Sie wollen hoch einmal die grosse Kameradschaft demonstrieren, die das Proletariat untereinander verbindet. Es ist die Kameradschaft des Leides. Aber Katastrophen wie die von Maybach und Alsdorf lassen mehr als alles andere den Willen erstarken, dass diese Kameradschaft des Leides im Sinne des Sozialismus in einer Gemeinsamkeit des Glücks umgestaltet wird.

Die 95 Särge, die während der Totenfeier in grossen Zechensaal der Grube aufgebahrt worden waren, verschwanden vollkommen unter dem bunten Blumenberg, durch den das Leben der proletarischen Opfer der Arbeit hier letztmalig grüsste. Und was das Schöne war: man sah hier nicht nur mehr oder minder offizielle Kränze mit ebenso offiziellen Kranzband=Inschriften, sondern auch zahlreiche kleinere Blumenspenden, die nicht irgendeine amtliche Stelle in sachlicher Repräsentation, vielmehr das private Gedenken, die private Gedenken, die private Trauer Einzelner und den Bergarbeitern persönlich Fernstehender entsandt hatte. Die

ganze deutsche Arbeiterschaft nahm in Gedanken an der letzten Fahrt der Opfer der Maybach-Grube teil. Selbstverständlich kam diese Tatsache auch in den Ansprachen der Vertreter der Bergarbeiterverbände zum Ausdruck.

Vor der Halle des Zechenhauses hatten sich die Belegschaften der Grube Maybach versammelt. Die Knappen waren in Uniform erschienen; Federbüsche schmückten die Kappen, die brennenden Grubenlampen waren umflort. Dünn klang das Glöcklein der Totenkapelle, während die Feier, bei der der Bischof von Trier sprach, in den Morgen. In der Trauerversammlung weilte ausser dem Reichsverkehrsminister von Guérard der Französische Arbeitsminister Pernot, der Saarminister und Regierungspräsident des Saargebietes Maurice, ferner das Saarregierungsmitglied Dr. Obé.

Der französische Arbeitsminister Pernot überbrachte das Beileid des französischen Volkes und des Präsidenten der französischen Republik. Frankreich, so sagte er, habe die Trauer der Hinterbliebenen zu seiner Trauer gemacht. Und eben so betonte der deutsche Reichsverkehrsminister von Guérard, dass genau wie an den Särgen von Alsdorf, auch an den Särgen der Grube Maybach trauernd das gesamte deutsche Volk stehe. Insbesondere überbrachte der Reichsverkehrsminister die Kondulation des Reichspräsidenten, der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung. Am Nachmittag fand die Beisetzung der Särge in den Heimatgemeinden statt.

Während der übrigen auch durch Rundfunk verbreiteten Gedenkansprachen läuteten in ganz Deutschland die Kirchenglocken. Sämtliche amtlichen Gebäude, aber auch viele Geschäfts- und Privathäuser, Banken und Hotels hatten halbmast oder umflort geflaggt.

+ + +

Die schlesische Wasserkatastrophe.

Der Norden von Liegnitz eine ungeheure Wasserwüste! - Unterbrochene Eisenbahnlinien - Die Feuerwehr im Liegnitzer Hauptbahnhof - Vierzehn Dörfer völlig abgeschnitten - Land ohne Licht - Gefährdete Lebensmittelversorgung.

SPD. Breslau, 29. Okt. (Eig. Drahtber.)

Die Hochwasserkatastrophe, von der Schlesien betroffen ist, hat einen ungeheuren Schaden verursacht, den in Zahlen hier auszudrücken vorläufig überhaupt noch nicht möglich ist. Es ist zu befürchten, dass der Dauerregen, unter dem das Land förmlich ersäuft, auch noch einige Tage anhalten wird.

Nord-Liegnitz unter Wasser!

Die Katzbach ist bis Mittwoch Mittag allerdings um 1 m gefallen. In der Nacht zum Mittwoch hörte auch das Ueberlaufen der vollgefüllten Staubecken im Kauffung und in Bremberg auf. Aber der Hochwasserstand in der Liegnitzer Gegend wird in den nächsten Tagen noch unverändert anhalten, da das Wasser überaus langsam abfließt. Das Schwarzwasser im Norden von Liegnitz ist die ganze Nacht zum Mittwoch hindurch weiter gestiegen und hat Teile der Nordstadt von Liegnitz unter Wasser gesetzt. Der Stand ist mit 1,54 m der höchste bisher beobachtete Hochwasserstand. Der Norden von Liegnitz ist bis in die umliegenden Dörfer eine ungeheure Wasserwüste. Die Eisenbahnlinie Liegnitz-Glogau ist bei dem Dorfe Rüstern unterbrochen; der Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Vernichtete Vorräte.

Grosse Wassermengen drangen am Mittwoch in der 4. Morgenstunde auch in den Liegnitzer Hauptbahnhof ein. Hier mussten mittels Motorspritzen die Unterführungen ausgepumpt werden, um den Zugang zu den Bahnsteigen aufrecht zu erhalten. Die Schäden, die in Liegnitz durch Ueberflutung von Kellern, im Wasserwerk, in der Ueberland-Zentrale, an den Telefon-Kabeln, Telefon-Leitungen, an Häusern und durch Vernichtung von Vorräten entstanden sind, sind ausserordentlich gross. Schwer heimgesucht sind auch die Dörfer Klein-Beckern, Alt-Beckern und Rüstern, die mehr oder weniger unter Wasser stehen.

Seereisen auf dem Festland.

In Haynau hat die Deichsa, ein sonst völlig unbedeutender Gebirgsfluss, Betonbrücken und Telefonmaste weggerissen. Wenn man nach Lauban fährt, so gleicht diese Reise förmlich einer Fahrt durchs Wattenmeer zwischen Holstein und Westerland: nur der Eisenbahndamm ragt aus der Wasserwüste hervor. In vielen Dörfern mussten die Bewohner ihre Häuser, nachdem sie noch schnell die Eingänge mit Brettern vernagelt hatten, in höchster Eile verlassen. Aber selbst die Flucht der Bevölkerung ist nicht immer einfach zu bewerkstelligen, denn eine ganze Reihe wichtiger Landstrassen steht tief unter Wasser.

Alle Räder stehen still!

Auch dort, wo die Dörfer noch nicht geräumt zu werden brauchten, ist unermesslicher Schaden angerichtet. Frühzeitig beginnt den unglücklichen Einwohnern hier die Nacht, denn - die Lichtleitungen sind zerstört. Aus Gründen gestörter Elektrizitätszufuhr können auch die Fabriken in Langenbielau und Tanneberg (Eulengebirge) nicht arbeiten, die Zeitungen nicht erscheinen, Kranke in den Spitätern nicht operiert werden....

Im Gebiet der Lausitzer Neisse sind die Städte Gassen und Sommerfeld am schlimmsten betroffen. Verschiedentlich kam in den Fluten Vieh um.

Ratibor bald Inselstadt!

Die Katastrophe hat sich auch auf Oberschlesien ausgedehnt. Im Gegensatz zu Niederschlesien steigt hier das Hochwasser der Oder und ihrer Nebenflüsse noch stündlich, und es ist überhaupt nicht abzusehen, was hier noch passieren kann. Ratibor meldet bereits einen Hochwasserstand von sieben Meter, während der normale Wasserstand 1,60 Meter beträgt. Vollständig überschwemmt ist das Dorf Lapatsch bei Kreuzenort, ferner das Gebiet zwischen Oderberg und Annaberg 14 Dörfer in der näheren Umgebung von Ratibor sind überhaupt vollkommen von der Aussenwelt abgeschnitten und es scheint nur noch eine Frage von Stunden zu sein, dass auch Ratibor selbst nicht mehr per Bahn, Wagen oder Auto erreicht werden kann. Die Stadtverwaltung, die das Schlimmste befürchtet, traf umfangreiche Vorkehrungen zum Schutz der Lebensmittelversorgung.

+ + +

Hugenberg drückt sich. Wegen Beleidigung im Sinne des Paragraphen 185 sollte sich der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Hugenberg am Mittwoch vor dem Schöffengericht Berlin-Moabit verantworten. Hugenberg zog es jedoch vor, nicht zu erscheinen. Der Anklage gegen ihn lag ein Artikel in den Blättern des Hugenberg-Konzerns zu Grunde, der unmittelbar nach dem Volksentscheid über den Young-Plan erschienen und betitelt war "Haben wir die Schlacht gewonnen oder nicht?". In dem Artikel wurde dem Reichsinnenminister und anderen Amtspersonen ein Fälschungsmanöver bei der Stimmzählung vorgeworfen. Das Reichsinnenministerium, das preussische Staatsministerium, das braunschweigische, anhaltische und schaumburg-lippische Ministerium stellten deshalb gegen die verantwortlichen Redakteure der Blätter, die den Artikel veröffentlicht hatten und gegen Hugenberg Strafantrag wegen Beleidigung. Hugenberg erschien jedoch nicht zu dem festgesetzten Termin, weil er zurzeit in Oberbayern zur Nachkur auf eine vorher in Kissingen genossene Kur weilt. Er entschuldigte seine Abwesenheit in einem Brief an das Gericht unter Bezugnahme auf seine Abgeordnetentätigkeit. Endlich wäre beim Reichstag bereits ein Antrag auf Einstellung des Verfahrens eingereicht. Oberstaatsanwalt Köhler, der die Anklage vertrat, führte aus, dass er Hugenbergs Erklärungen und Entschuldigungen nicht für genügend halten könne und beantragte Abtrennung des Verfahrens. Das Gericht beschloss unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Rücker entsprechend und behielt sich weitere Beschlüsse vor. - Zunächst wurde deshalb nur gegen die vor Gericht anwesenden verantwortlichen Redakteure verhandelt. Drei von ihnen erhielten je 100 Mark Geldstrafe. Einer wurde freigesprochen.

+ + +

Milch frisch aus dem Bach. Eine Milchpanscherin, die in ihrem üblen Gewerbe etwas allzu weit gegangen war, wurde in Caen (Frankreich) verhaftet. Die Frau benutzte zur Verdünnung ihrer Milch aus Sparsamkeitsgründen das Wasser eines nahen Baches. Dabei widerfuhr ihr das Missgeschick, dass in einer ihrer Milchkannen zwei kleine Fische gefunden wurden.

+ + +

Bahrlässiger Apotheker. In der Entbindungsanstalt von Ars-sur-Moselle in der Nähe von Metz wurden zwei Säuglinge, denen man vorschriftsgemäss nach der Geburt eine Silbernitratlösung über die Augen gross, blind, während ein drittes Kind starb. Eine chemische Analyse der Lösung ergab, dass sie statt einem Prozent Silbernitrat acht Prozent enthielt. Die Schuld trifft den Apotheker, der die Lösung nicht mit der nötigen Sorgfalt hergestellt hat.

+ + +

Diebe in der Kirche. Aus der Maria Domino-Kirche in Rom wurde nachts der Altar entwendet. Am Morgen fand man ihn in einer der Nebenstrassen wieder, doch fehlte die kostbare Altardecke, sowie ein Diadem von bedeutendem Wert.

+ + +

Heroin-Marmelade. In Hongkong wurde an Bord des aus Singapore kommenden italienischen Dampfers "Hilda" Heroin in noch nie dagewesenen Mengen beschlagnahmt. Es handelt sich um 40 Kisten Marmelade, in die das Rauschgift hineingemischt worden war. Der Kapitän des Dampfers behauptet, nichts von dem Heroin-Transport gewusst zu haben.

+ + +

Neunfacher Alkoholtod. In New York sind neun Personen nach dem Genuss von verfälschtem Alkohol, den sie in einer Brauerei in Manhattan genossen hatten, gestorben. Die religiöse Organisation der "Kreuzritter", die in Amerika sehr verbreitet ist, hat anlässlich dieses Vorfalles eine Beschwerde über die unzureichende Aktivität der Prohibitionspolizei eingereicht und ein öffentlich ausliegendes Verzeichnis derjenigen Lokale in New York aufgestellt, in denen alkoholische Getränke verabfolgt werden. Ob damit freilich die beabsichtigte Wirkung der Erziehung zur alkoholischen Enthaltensamkeit erreicht werden wird, ist mehr als fraglich.

+ + +

Flammentod im Auto. Auf der Landstrasse in der Nähe von Strassburg wurde in einem halbverbrannten Auto ein verkohlter Leichnam gefunden. Man nimmt an, dass der Getötete, ein französischer Kaufmann namens Tavernon, lebendig im Wagen verbrannte. Vermutlich konnte er den Verschluss der Wagentür nicht rechtzeitig öffnen, als der Motor in Brand geraten war.

+ + +

Kinderkatastrophe. In Stockum bei Osnabrück spielten Kinder mit einer gefundenen Sprengkapsel. Plötzlich explodierte die Kapsel. Alle vier Kinder wurden schwer verletzt. Drei von ihnen verloren je ein Auge, das vierte Kind wird voraussichtlich völlig erblinden.

+ + +

Mord in Berlin N. Die Mordkommission der Berliner Kriminalpolizei wurde am Mittwoch nach einem Hause im Norden der Stadt gerufen. Der 51jährige Uhrmacher Ulbrich war in seinem Geschäft tot aufgefunden worden. Die Leiche lag im Bett. Am Hinterkopf fand sich eine schwere Verletzung. Es wird Mord vermutet. Ob aus dem Laden etwas geraubt worden ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

+ + +

Zehn Spielklubs verboten! Infolge Unzuträglichkeiten verbot das Dresdener Polizeipräsidium sämtliche Spielklubs der Stadt; es sind deren etwa zehn.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Stück aus dem Tollhaus.

30 % Abbau von 39 Pfennig!

SPD. Der Vorstand und die Vertreterversammlung des Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbandes für die Provinzen Ober- und Niederschlesien beschäftigt sich dieser Tage mit der künftigen Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der schlesischen Land- und Forstwirtschaft. Dabei wurde einstimmig eine Entschliessung angenommen, in der ein - sage und schreibe - 30%iger Lohnabbau gefordert wird. Wörtlich heisst es in der Entschliessung: "Die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe brauchen heute zu einer fühlbaren Entlastung ihrer Betriebsausgaben eine 30%ige Senkung des Gehalts-, Lohn- und Sozialversicherungskontos durch entsprechende Minderung der Löhne."

Die schlesischen Agrarier scheinen in der Lohnpolitik jedliches Augenmass verloren zu haben. Ihre Forderung, die Löhne um 30 % abzubauen, ist eine ungeheuerliche Zumutung, eine unerhörte Herausforderung der Landarbeiter. Das Ganze grenzt beinahe an Irrsinn. Was sollen derartig übersteigerte Lohnabbauforderungen? Sie sind für die Arbeiter völlig undiskutabel und können daher nur von Leuten gestellt sein, die entweder Oel ins Feuer giessen wollen oder von denen das Bibel-Wort gilt: "Herr verzeih' ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun". Die schlesischen Agrarier machen sich keine Gedanken darüber, dass ein Lohnabbau, wie sie ihn fordern, Not und Elend der Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft unerträglich machen muss. Soll die Verzweiflungsstimmung, die heute in den um kargen Lohn arbeitenden Massen - auch auf dem Lande bereits herrscht, künstlich gesteigert werden?

Die Begründung, die die schlesischen Agrarier ihrer Lohnabbauforderung geben, ist mehr als fadenscheinig. Wieder einmal jammern sie über eine "arbeiterfeindliche Lohnzwangswirtschaft", die die Tariflöhne so hoch geschraubt habe, dass dem landwirtschaftlichen Arbeitgeber nur noch die Wahl bleibe, entweder seine Arbeiter zu entlassen oder aber mit ihnen einzeln Löhne zu vereinbaren, die eine Fortführung des Betriebs ermöglichen - ohne Rücksicht darauf, ob ein für allgemein verbindlich erklärter Tarif andere Lohnsätze vorsieht oder nicht. Danach drückt also angeblich gerade den schlesischen Agrariern die Gewerkschaftspolitik die Kehle zu. Gerade die schlesischen Land- und Forstarbeiter stehen jedoch mit ihren Lohnsätzen fast an letzter Stelle. Ein landwirtschaftlicher Deputatarbeiter - in Schlesien nennt man ihn Lohngärtner - kommt auf einen Gesamtstundenlohn (Deputat- und Barlohn zusammengerechnet) von - man höre und staune! - 39 Pfennig! Ein Forstarbeiter in den schlesischen Privatforsten kommt auf einen Gesamtstundenlohn von 50 bis 55 Pfennig. Wenn also ausgerechnet eine schlesische Landwirte-Organisation die Forderung nach einem 30-prozentigen Abbau der Löhne stellt, dann ist es besonders skandalös.

Die schlesischen Agrarier sagen, das Wasser stehe ihnen am Halse. Trotzdem kommen sie auch jetzt durchaus nicht auf den Gedanken, auch einmal von einer anderen als der Lohnseite her eine Sanierung ihrer Betriebe zu versuchen. Warum versuchen sie nicht, den landwirtschaftlichen Betrieben mit Hilfe einer kräftigen Senkung der Produktionsmittelpreise auf die Beine zu helfen? Warum fordern sie nicht, dass die Preise für Düngemittel, landwirtschaftliche Maschinen usw. gesenkt werden? Warum wenden sie sich nicht einmal gegen die Zinspolitik der landwirtschaftlichen Kreditinstitute, die bekanntermassen ebenfalls

zu einer nicht unwesentlichen Belastung des Betriebskostenkontos beiträgt? Auf solche Gedanken kommen die schlesischen Agrarier nicht. Ihr Mut erschöpft sich immer nur in Angriffen auf den Lohn der armen Teufel von Landarbeitern.

Der Vorstoss der schlesischen Agrarier in der allgemeinen Lohnabbauoffensive des Unternehmertums muss das Landproletariat alarmieren. Der lohnpolitische Konfliktstoff wird auch auf das Land hinausgetragen; denn darüber besteht kein Zweifel, dass der Deutsche Landarbeiterverband die Kampfansage der schlesischen Landwirte nicht ruhig hinnimmt. In Stettin hat bereits eine Konferenz des Verbandsvorstandes und der Gauleiter des deutschen Landarbeiter-Verbandes stattgefunden, die sich u.a. auch mit den Lohnabbaubestrebungen der landwirtschaftlichen Arbeitgeber, vor allem der schlesischen, beschäftigte. Die Konferenz nahm einstimmig eine Entschliessung an, in der gegen den Wahnsinn der schlesischen landwirtschaftlichen Unternehmer scharf Front gemacht wird. Sie weist darauf hin, dass ein Lohnabbau in dem von den schlesischen Agrariern geforderten Ausmass auch dann noch lange nicht gerechtfertigt wäre, wenn eine fühlbare Preissenkung eintreten würde, an der es bis jetzt noch fehlt. Mit besonderem Nachdruck betont sie, dass den landwirtschaftlichen Unternehmern in den letzten Jahren erhebliche Summen aus dem Vermögen des gesamten Volkes zur Verfügung gestellt worden seien. Wenn demgegenüber nun die an sich schon niedrigen Löhne der Landarbeiter abgebaut würden, so sei das eine unerhörte Herausforderung des Landproletariats. Die Konferenz appelliere sehr energisch an die Land- und Forstarbeiter, die ernstesten Zeichen der Zeit zu verstehen und zu begreifen, dass nur durch festen Zusammenschluss im Deutschen Landarbeiter-Verband eine Kampffront zur erfolgreichen Abwehr der Angriffe auf ihre elementarsten Lebensbedingungen des Landproletariats möglich ist.

SPD. Der Vorschlag Preussens, auch durch Verlängerung der Schulpflicht zur Entlastung des Arbeitsmarkts beizutragen, wird in der Presse eifrig besprochen. Sehr stark werden dabei die finanziellen Bedenken, die gegen eine Verlängerung der Schulzeit sprechen, in den Vordergrund gerückt. Vor allem wird darauf hingewiesen, dass ein Berufsschuljahr verhältnismässig viel Kosten durch die Bereitstellung von Schulräumen, Werkstätten und Lehrkräften verursachen würde. Es ist deshalb auch der Vorschlag aufgetaucht, lieber ein weiteres Volksschuljahr einzuführen; denn hierfür seien keine wesentlichen Mehraufwendungen notwendig. In der Presse des Zentrums wird dieser Vorschlag auch mit konfessionellen Argumenten unterstützt. Die Zentrumsblätter betonen, dass einem Berufsschuljahr deshalb schwere konfessionelle Bedenken entgegenstehen, weil es sich in der geplanten Form schliesslich um nichts anderes als um einen neuen simultanen Schultyp handle. Die Zentrumsblätter appellieren an die Zentrumsfraktion des Landtags, der Einführung eines 9. Schuljahres nur dann ihre Zustimmung zu geben, wenn dieses Schuljahr an die Volksschule gelegt und damit der konfessionelle Charakter der Neuerung gesichert werde.

Aus den Kreisen der Schulärzte kommt der Vorschlag, die Schulpflicht auf die Zeit vom 7. bis zum 15. Jahr zu verlegen, d.h. sie ein Jahr später eintreten zu lassen. Man könne auf diese Weise den Kindern die mit dem Schulbesuch verbundenen gesundheitlichen Nachteile noch ein Jahr fernhalten; unterdessen werde der Körper des Kindes kräftiger und widerstandsfähiger.

Die mit der Verlängerung der Schulpflicht verbundene Belastung der Eltern wird in der Presse ebenfalls nachdrücklich hervorgehoben. Man betont, der Schüler, der ein Jahr länger die Schule besuche, verursache naturgemäss grössere Kosten als der 14 jährige Lehrling. Schon aus diesem Grunde dürfe eine Verlängerung der Schulpflicht nur als vorübergehende Notmassnahme in Betracht kommen. Vielleicht erledige sich aber der ganze Plan schon dadurch von selbst, dass jetzt bereits die schwächeren Kriegsjahrgänge auf den Arbeitsmarkt kommen. Das sind reichlich viel Bedenken. Trotzdem ist nach unserem Dafürhalten

nichts Durchschlagendes gegen die Forderung, den Arbeitsmarkt auch durch Ver-
längerung der Schulpflicht zu entlasten, vorgebracht worden. Ausschlaggebend
ist der arbeitsmarktpolitische Gesichtspunkt. Die finanziellen Bedenken müssen
selbstverständlich berücksichtigt werden. Stellt sich ein Berufsschuljahr zu
teuer, dann muss eine Verlängerung der Volksschulzeit erfolgen. Hier muss erst
noch eine genaue Prüfung der Sachlage erfolgen. Dass die mittellosen Eltern,
vor allem die kinderreichen, für den Verdienstausschlag des Jugendlichen finanzia-
ell einigermaßen entschädigt werden müssen, versteht sich von selbst. Dafür
sind die Gewerkschaften von vornherein eingetreten. Entscheidend ist jedoch, dass
zweifelloso auch an dem Punkt der Schulzeitverlängerung der Hebel zur Arbeits-
marktentlastung erfolgreich angesetzt werden kann. Also muss er angesetzt wer-
den.

SPD. Die Arbeitslosigkeit nimmt auch in der Tschechoslowakei rapid zu.
Nach der amtlichen Statistik betrug die Zahl der bei den Arbeitsvermittlungs-
stellen Ende September angemeldeten Erwerbslosen 103 860 gegen 88 005 Ende
August und gegen 34 000 Ende September 1929. Tatsächlich gibt es jedoch in der
Tschechoslowakei zurzeit bereits rund 200 000 Arbeitslose, und diese Zahl muss
jetzt durch die täglich erfolgenden zahlreichen Arbeiterentlassungen bedeutend
anwachsen. Die Eisenbahnen wollen z.B. mit Rücksicht auf ihre schlechte Wirt-
schaftslage 12 000 Angestellten kündigen.

Der sozialdemokratische Ernährungsminister Bechyně fordert zur Linderung
der Erwerbslosennot schleunigste Durchführung aller projektierten öffentlichen
Arbeiten, den Bau von Land- und Wasserstrassen sowie Beseitigung des diese
Bauten hemmenden Kompetenzstreits unter den einzelnen Ministerien. Der Mini-
ster hat allen Bezirksämtern den Auftrag gegeben, unverzüglich eine Verbilli-
gungsaktion für Fleisch- und Wurstwaren vorzunehmen; eine Preissenkungsaktion
für Brot und Gebäck ist bereits im Gange. Schliesslich verlangt der Ernährungs-
minister eine Erweiterung seiner Machtbefugnisse, um die Interessen der schwa-
chen Volksschichten wirksamer vertreten zu können.

SPD. die neue französische Sozialversicherung hat, obwohl sie erst kurze
Zeit besteht, bereits einen ganz strammen Bürokratismus. Ein Krankenkassenver-
sicherter, der um Rückzahlung seiner Ausgaben für Zahnpflege bat, erhielt den
Bescheid, nur der habe Anspruch auf Zahnpflege zu Lasten der Kasse, der "seine
Zähne zur Ausübung seines Berufes unbedingt braucht".

SPD. Am Donnerstag findet in Speyer eine Sitzung des Rheinwasserstrassen-
Beirats statt. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die vorgesehenen grossen
Brückenbauten bei Mannheim, Speyer und in der Maxau. Die Bauten sind notwen-
dig, da die alten Rheinbrücken, vor allem die zwischen Mannheim und Ludwigshafen,
den Verkehr nicht mehr tragen können. Die Durchführung der Bauten soll
auch den Arbeitsmarkt im Mannheimer Industriegebiet etwas entlasten.

Die Lage der Rheinschifffahrt und das Gutachten der Rheinkommission wird
auf der Sitzung des Beirats ebenfalls zur Erörterung kommen.

Benzinfusel.

Umgestaltung des Branntweinmonopols ist unbedingt notwendig.

SPD. Dem Branntweinmonopol geht es ganz entschieden nicht gut. Wie es heisst, sitzt die Verwaltung auf Lägern in Höhe von 1,6 Millionen Hektolitern Spiritus fest, die sie nicht zu verkaufen weiss. Die Verwaltung war auch der Auffassung, das Brennrecht für das kommende Betriebsjahr auf 51% festzusetzen. Nur auf Betreiben des Reichsernährungsministers Schiele hat sich der Beirat bei der Reichsmonopolverwaltung für eine 70%ige Ausnutzung des Brennrechts gegenüber einer 80%igen im Vorjahr entschieden, Ausserdem wurde der Uebernahmepreis, also der Preis, den das Branntweinmonopol an die spritproduzierenden Landwirte bezahlt, von 63 auf 51 Mark pro Hektoliter gesenkt. Durch diese Beschlüsse des Beirats beim Branntweinmonopol wird die Situation kaum gebessert. Die diesjährige Kartoffelernte ist mit 44 Millionen Tonnen äusserst reichlich ausgefallen. Die ostelbischen Grossgrundbesitzer wollen auf Grund der Rekordkartoffelernte möglichst viel Sprit produzieren und nach den Beschlüssen des Beirats bei der Reichsmonopolverwaltung zwingt man das Branntweinmonopol, beim Einkauf von Sprit über Bedarf hohe Preise anzulegen und denselben Sprit auf der anderen Seite sozusagen zu verschleudern.

Die Reichsmonopolverwaltung hat nach Auswegen aus diesem Dilemma gesucht und den Beimischungszwang gefunden. Technisch wäre dieser Weg gangbar - wenn Geld dabei keine Rolle spielt. Leider spielen aber die Preise eine sehr grosse Rolle. Der Beimischungszwang geht auf den Reichsernährungsminister Schiele zurück. Nach den im Hochsommer 1930 getroffenen Bestimmungen haben die Benzinverkäufer von der Reichsmonopolverwaltung Sprit in einer Menge zu beziehen, die 2½% ihres Benzinabsatzes ausmacht. Für diesen Sprit, der sich in gleicher Qualität zu einem Preis von 20 Mark pro Hektoliter herstellen lässt, haben die Benzinverkäufer 80 Mark zu zahlen. Bis vor einigen Tagen brauchten die Benzinverkäufer auch diesen Sprit nicht abzunehmen. Sie konnten ihn der Reichsmonopolverwaltung überlassen und bekamen dafür 15 Mark pro Hektoliter vergütet. Die differierenden 65 Mark pro Hektoliter stellten also, auf Kosten der Verkehrswirtschaft, eine glatte Liebesgabe an die Landwirtschaft dar, die pro Jahr 40 bis 50 Millionen Mark ausmachen dürfte. Jetzt haben sich die grossen Benzingesellschaften bereit erklärt, die nach dem Beimischungszwang in Frage kommende Spritmengen, etwa 400 000 bis 500 000 Hektoliter pro Jahr, wirklich zu übernehmen. Selbstverständlich werden die grossen Benzingesellschaften ihr Benzin nicht restlos mit dem Sprit der Reichsmonopolverwaltung mischen. Dafür fehlen schon die technischen Anlagen. Möglicherweise werden sie eine Mischung von 85 bis 90% Benzin mit 15 bis 10% Monopolsprit herstellen und damit einen Treibstoff schaffen, der dem Monopol in der Reichsmonopolverwaltung in etwa ähnlich sein wird.

An der ganzen Angelegenheit interessiert selbstverständlich die Kostenfrage. Nach einer Verlautbarung des Reichsverbandes der deutschen Automobilindustrie bedeutet ein 10%iger Beimischungszwang, wenn der jetzige von den grossen Benzinfirmen zu zahlende Uebernahmepreis von 80 Mark pro hl Sprit beibehalten wird, eine Belastung des Kraftverkehrs im Betrage von 120 Millionen Mark

pro Jahr. Bei einer Mischquote von 20% steigt die Belastung auf 240 Millionen Mark. Vorläufig beträgt die Mischquote 2,5%. Aber nach den Erfahrungen, die man mit den Zwangswirtschaftsmassnahmen des Reichs ernährungsministers Schiele gemacht hat, kann man damit rechnen, dass man die Beimischung bald auf 10, und auch auf 20% zu steigern versuchen wird. Hier liegt die grosse Gefahr für die Wirtschaft. Die Beimischung muss zu einer Verteuerung unseres Verkehrs führen. Jetzt schon wird behauptet, dass sich die grossen Benzingesellschaften zur tatsächlichen Uebernahme des Reichsmonopolsprits nur deshalb entschlossen haben, weil ihnen das Reich hinsichtlich der Preisgestaltung freie Hand lassen will. Eine eindeutige Antwort des Reiches ist darauf bis jetzt noch nicht erteilt worden. Wenn die Behauptung zutrifft, verzichtet das Reichswirtschaftsministerium auf die notwendige und mögliche Benzinpreissenkung.

Gerade der Beimischungszwang beweist, dass die Dinge im Branntweinmonopol unhaltbar sind. Seit Jahrzehnten besitzt ein Teil der kartoffelbauenden Landwirtschaft, zumeist Grossbetriebe, das Vorrecht, Kartoffeln zu Spiritus zu brennen, der ihr von der Branntweinmonopolverwaltung unter besonders günstigen Bedingungen abgekauft wird. Da der Verbrauch von Trinkbranntwein nach dem Kriege immer mehr abgenommen hat, müssen jetzt grössere Mengen der Branntweinerzeugung für technische Zwecke und als Motorentreibstoff abgesetzt werden. Der Absatz an technischem Spiritus ist aber beschränkt, so dass die Monopolverwaltung für jedes Jahr nur die Ausnutzung eines Teils des Brennrechts zulässt und einen Abnahmepreis festlegt. Trotzdem sind die Verluste des Branntweinmonopols sehr gross und betragen jährlich 60 bis 80 Millionen Mark. Um diese Summe werden die Reichseinnahmen aus der Branntweinsteuer vermindert, so dass andere Steuern erhöht werden müssen. Auf Kosten der Allgemeinheit erhalten also die grossagrарischen Kartoffelbrenner eine nicht zu verantwortende Subvention.

Es wird Zeit, dass die Sozialdemokratie ihre schon seit Jahren bestehende Forderung nach einer grundsätzlichen Neugestaltung der ganzen Branntweinwirtschaft wieder aufnimmt. Es muss endlich mit den Kartoffelspritsubventionen ein Ende gemacht werden. Die Behauptungen der Grossagrарier, dass die Beibehaltung der Kartoffelbrennereien aus betriebswirtschaftlichen Gründen unbedingt notwendig sei, ist durch die Veröffentlichung des Enqueteausschusses mit grösster Deutlichkeit widerlegt worden. Aus ihr wird ersichtlich, dass ein grosser Teil der Brennereigüter nicht auf ausgesprochen schlechten Böden liegt, die nur Kartoffeln anbauen können und die infolge des Fehlens von Wiesen auf die Verfütterung der Schlempe angewiesen sind. Annähernd 50% des landwirtschaftlichen Brennrechtes ist auf Güter verteilt, für die die Kartoffelbrennerei keine Existenzbedingung ist. Würde eine rationelle Neuverteilung des Brennrechtes erfolgen, so brauchten nur die Güter mit geringwertigen Böden und schlechtem Wiesenverhältnis berücksichtigt werden. Diese könnten dann 100% ihres Brennrechtes ausüben und infolge der besseren Ausnutzung der vorhandenen Anlagung den Spiritus billiger herstellen. Der Preis für Kartoffelsprits könnte dann durch die Monopolverwaltung erheblich gesenkt werden, wodurch das Reich in erheblichem Mass sparen würde.

SPD. Im Zeichen der Wirtschaftskrise und der Arbeitskämpfe hielt der Verein deutscher Werkzeugmaschinen-Fabriken am Mittwoch seine diesjährige Hauptversammlung in Berlin ab. Das Hauptreferat hielt Professor Schlesinger von der Technischen Hochschule in Charlottenburg, Der Redner wies einleitend darauf hin, dass die Rationalisierung im Werkzeugmaschinenbau weitgehende Folgen gezeitigt habe. Von 450 Werken in den ersten Jahren der Nachkriegszeit arbeiteten heute noch 250. Die Belegschaft habe sich von 80 000 bis auf 37 000 Mann vermindert. Der Export, der 1913 = 100 Millionen Mark ausmachte, betrage gegenwärtig 240 Millionen Mark. Aufsehererregend war die Feststellung Schlesin-

gers, dass der Anteil der Löhne an den Gesteungskosten von 30 bis auf 12% zurückgegangen sei. Der Werkzeugmaschinenbau müsse zur Gemeinschaftsarbeit gelangen.

Diese Forderung wurde von dem Präsidenten des Reichsbahnzentralamtes Dr. Hammer lebhaft unterstützt. Unter Hinweis auf die greifbaren Erfolge der Gemeinschaftsarbeit im Waggonbau wies er nach, dass die Güterwagen heute für die Reichsbahn billiger seien als vor dem Kriege, woraus eine jährliche Ersparnis von 600 000 Mark für die Reichsbahn sich ergebe. Erst bei Gemeinschaftsarbeit und Prüfung der Kalkulationen durch Aussenstehende würden die Quellen falscher Betriebskosten aufgedeckt werden können.

Danach polemisierte Dr. Metzner von der Kartellstelle des Reichsverbandes der deutschen Industrie gegen die Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung über die Entwicklung der freien und gebundenen Preise. Dr. Metzner erklärte, dass die Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung irreführend seien, da sie freie Weltpreise und gebundene innerdeutsche Kartellpreise einander gegenüberstellte. Wenn die deutschen Kartellpreise sich gegenüber dem Preisabbau so starr verhielten, so sei dies nicht die Schuld der Kartelle, sondern einzig und allein ein Ausdruck der unmöglichen Wirtschafts-, Lohn- und Sozialpolitik. Dass solche Behauptungen auf einer Tagung der unter dem Diktat der Schwerindustrie stehenden verarbeitenden Industrie ohne stürmischen Protest aufgestellt werden dürfen, stellt dem wirtschaftspolitischen Niveau der Versammlung kein gutes Zeugnis aus. Allerdings nahm das Vorstandsmitglied des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten Dr. Lange sofort das Wort zu einer ziemlich scharfen Entgegnung. Unter Hinweis auf die Preissenkungen in der verarbeitenden Industrie, die seit August 1929 im grösseren Rahmen bereits 10-16% betragen, warnte Dr. Lange davor, dass die Preispolitik der deutschen Kartelle Deutschland weltwirtschaftlich isoliere und damit der verarbeitenden Industrie die Möglichkeit nehme, die Preisrevolution auf den Weltrohstoffmärkten auszunutzen. Im übrigen ist Herr Lange auch von der Lohnsenkungspsychose derart befallen, dass er sich für einen allgemeinen Lohnabbau einsetzt

SPD. Die Arbeiten des Reichswirtschaftsrats auf dem Gebiet der Preissenkungsaktion sind soweit gediehen, dass der Reichswirtschaftsrat sehr wahrscheinlich noch Ende dieser Woche über die Ergebnisse berichten wird. Die Fragen wurden in zwei Ausschüssen behandelt. Der eine Ausschuss befasst sich vor allem mit der Frage der Markenartikel, während der zweite Ausschuss sich mit den Möglichkeiten einer Preissenkung für Kohle, Baustoffe, Eisen usw. zu beschäftigen hatte.

Die Rechnung der Regierung ging, als sie die Preissenkungsaktion einleitete und den Reichswirtschaftsrat mit einer Durchleuchtung der Preisverhältnisse beauftragte, dahin, dass ihre Massnahmen wie ein Schreckschuss wirken und die Kartelle und Trusts anhalten würden, von sich aus die Preise zu ermässigen. Mit dieser Spekulation hat die Regierung nur zum Teil recht behalten. Die Arbeiten des Reichswirtschaftsrats haben ohne Zweifel nach dieser Richtung gewirkt. Leider kann man das nicht allgemein sagen. In anderen Fällen haben die Kartelle sich nur zu ungenügenden Preisabschlägen entschliessen können. Ein Beispiel dafür ist die Zementindustrie. Die Zementindustrie hat die Preise für die sogenannten Kampfmarken weit stärker erniedrigt als die Preise für Fabrikmarken. Dabei handelt es sich um denselben Zement. Der Verdacht liegt nahe, dass die Zementverbände bei der ersten besten Gelegenheit und Möglichkeit die billigeren Kampfmarken verschwinden und die überhöhten Zementpreise in den Fabrikmarken wieder aufleben lassen. Deshalb ist die Forderung begründet, dass die Zementverbände die sogenannten Kampfmarken überhaupt aus dem Geschäft herausziehen.

In der Frage der Kohlenpreissenkung scheint die Regierung zu einer Verständigung mit den Interessenten gelangen zu wollen. Dem Reichswirtschaftsrat ist die Möglichkeit geboten, hier eine Grundlage zu schaffen. Wenn sich die Unternehmervertreter im Reichswirtschaftsrat dagegen wehren, versetzen sie selbstverständlich die Regierung in die Zwangslage, die Preise festzusetzen. Denn man wird angesichts der Notwendigkeit, mit allen Kräften die Wirtschaftskrise durch einen weitgehenden Preisabbau zu liquidieren, nicht daran vorbeikommen, gerade die Kohlenpreissenkung bis zum letzten Verbraucher durchzuführen. Dasselbe gilt auch für die Eisenpreise. Die im Verein Deutscher Maschinenbauanstalten organisierten Verbraucher stehen allerdings auf dem Standpunkt, dass sich das Aviabkommen, wonach die eisenproduzierende Industrie den exportierenden Maschinenfabriken usw. gewisse Rückvergütungen vom deutschen Eiseninlandspreis gewähren, bewährt habe. Dieselben Kreise lassen aber auch darüber keinen Zweifel, dass die Eisenpreise zu hoch sind. Gerade die Klein-eisenindustrie in Rheinland und Westfalen hat das noch vor kurzem ganz eindeutig und in aller Öffentlichkeit betont.

Mit grösster Spannung werden wohl in der Öffentlichkeit Beschlüsse des Ausschusses für die Markenartikel erwartet, Hier handelt es sich in erster Linie darum, zu einem ganz radikalen Abbau der überhöhten Preise zu kommen. In den letzten Wochen haben namhafte Markenartikelfabrikanten ihre Preise auch ermässigt. Sie haben damit gezeigt, dass der von der Öffentlichkeit und von der Regierung geforderte Abbau der Markenartikelpreise durchaus möglich ist. Leider stehen die Fälle einer Verminderung der Markenartikelpreise immer noch vereinzelt da. Es zeigt sich, dass die Ueberhöhung der Markenartikelpreise auf eine ganz bestimmte grundsätzliche Regelung, auf die Struktur des Verkaufsgeschäftes zurückgeht. Andererseits ist die Zahl der Markenartikel, etwa 50 000, so gross, dass die Regierung hier in ihrem Bestreben, zu einem Preisabbau zu kommen, auf die Freiwilligkeit der einzelnen Fabrikanten bzw. der Verbände angewiesen ist. Sollte sich hier die Regierung täuschen, dann muss sie die ganze Angelegenheit wohl oder übel grundsätzlich anfassen, dann muss sie das Verkaufssystem eben durch Aufhebung der Preisbindung ändern. Wir hoffen, dass das Gutachten des Reichswirtschaftsrats, das vor der Vollendung steht, die Dinge eindeutig bezeichnet und so der Regierung die Plattform gibt, ganze Arbeit gegen den Markenartikelwucher zu machen. Diesen Standpunkt hat u.a. der Reichsarbeitsminister Stegerwald immer eingenommen. Wir hoffen, dass der Reichsarbeitsminister seinen Einfluss in diesem Sinne auf das Kabinett geltend machen wird. Es geht nicht an, dass auf Kreise des Mittelstandes eine unwirtschaftliche Rücksicht genommen wird und dass man diese Kreise durch Behauptung der überhöhten Markenartikelpreise gegen die Wirtschaftskrise versichert, während andere Kreise, vor allen Dingen die Arbeiterschaft, eine solche Versicherung nicht hat.

SPD. Der Aussenhandel der deutschen Schuhindustrie hat sich im September weiter günstig entwickelt. Die Einfuhr stellte sich auf knapp 44 000 Paar und lag somit um 46% unter den Einfuhrmengen des September 1929. Dagegen ist die Ausfuhr von Lederschuhon auf rund 387 440 Paar gestiegen und übertrifft den Septemberexport des vorigen Jahres um rund 22%. Einem Einfuhrwert von 0,57 Mill. Mark steht ein Exportwert von 4,04 Mill. Mark gegenüber, so dass sich allein im September ein Ausfuhrüberschuss von 3,46 Millionen Mark ergibt.

Weizenhausse hält an.

(Berliner Getreidebörse vom 29. Oktober.)

SPD. Der Berliner Produktenbörse lag am Mittwoch nur geringfügiges Angebot an Weizen vor. Dafür war aber die Nachfrage, die hauptsächlich vom Rhein stammte, sehr rege. Demzufolge konnten die Preise wieder stark anziehen. Am Märkte der Zeitgeschäfte waren Preisgewinne von 3 Mark - für den laufenden Monat sogar von 5 Mark - zu verzeichnen. Auch im Handel mit effektiver Ware wurden 2 - 3 Mark mehr erzielt. Das Roggenangebot war gleichfalls nur gering. Bei ruhigem Geschäft konnten sich die Preise im Prompthandel voll behaupten, im Zeitgeschäft sogar leicht befestigen. Die Forderungen für Mehl waren vielfach erhöht; jedoch ist das Geschäft wieder recht ruhig geworden. Auch in Hafer und Gerste kamen nur kleine Umsätze zustande.

	<u>28. Oktober</u>	<u>29. Oktober.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	228 - 230	232 - 234
Roggen	148 - 150	148 - 150
Braugerste	184 - 210	184 - 210
Futter- und Industrierogerste	165 - 176	165 - 176
Hafer	141 - 152	141 - 152
Weizenmehl	27,50-36,00	27,75-36,25
Roggenmehl	23,50-26,75	23,60-26,75
Weizenkleie	7,25-7,75	7,25-7,75
Roggenkleie	6,75-7,25	6,75-7,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 247½, Dezember 254 bis 256; März 272. Roggen Oktober -, Dezember 171, März 188½-189. Hafer Oktober 153, Dezember 158, März 170½.

SPD. Die Nationalsozialisten haben neue Anträge im Reichstag eingebracht, die u.a. das Verbot des Getreidezeithandels und die Einführung eines Weizenkleiezolls vorsehen. Mit Zöllen hat uns der Reichsernährungsminister Schiele so reichlich beglückt, dass wir auf eine diesbezügliche Betätigung der Nationalsozialisten wohl verzichten können. Die Forderung nach Verbot des Getreidezeithandels beweist so recht die wirtschaftspolitische Romantik der Hitlerpartei. Diese Forderung ist schon seit Jahrzehnten erhoben worden und war das Schlagwort des früheren Antisemitismus auf dem Lande. Man wollte damit die Spekulation im Getreidehandel treffen. Würde man sie trotz der Bedenken, die einem solchen Eingriffe in den Getreidemarkt im Wege stehen, durchführen, so wird sich ganz sicher ergeben, dass man die Spekulation mit solchen Verboten nicht ausschalten kann. Eine solche Ausschaltung wäre nur im Rahmen eines Getreidemonopols möglich, das die Sozialdemokratie auf Grund ihres Agrarprogramms schon seit Jahren verlangt.

SPD. Die Freiherrlich von Tucher'sche Brauerei A.G., die über einen befriedigenden Absatz berichtet, zahlt aus einem Reingewinn von 567 000 Mark (im Vorjahr 564 000 Mark) abermals eine Dividende von 10%.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 29. Oktober 1930

Das Menuett des Negers Brad.^x

SPD. Der Neger Brad, müsst Ihr wissen, wurde unter kalifornischen Pflanzern gross - das sind die musikalischsten Kerle der ganzen Welt. Sie singen, dass jeder Ton Spass oder Trauer ist; sie tanzen - und jeder Takt ist eine Welt, denn die Urtänze ihrer Vorfahren einen sich mit den Modeschöpfungen des amerikanischen Kontinents. Und Brad war derjenige, den sie am wenigsten gern als Tramp über Land gehen liessen. Wenn er sich entschloss zu tanzen, hatte ganz Ippletown, wie das Nest hiess, auf dem Marktplatz unabkömmlich zu tun....

Brad also fuhr auf und unter den Puffern des Pacific, sprang auf Güterwagen und kam - denn Ihr wisst ja schon, dass er ein Teufelskerl war - nach Chicago. Kurz und gut, ein Gastspiel in den Schlachthäusern, wo er mit aufgekrempeelten Aermeln die breiten Lendenteile der Ochsen in einen Kessel zu werfen hatte, setzte ihn in den Besitz hübscher Geldmittel. Unser Brad wurde ein Gentleman in grauem Sakko, gelbem Hemd, weissem Kragen, grüner Kravatte und beigefarbenen Schuhen.

Der Junge seiner Wirtin besorgt ihm eine Rangkarte für das Theater "Revue und Variété of Chicago". Brad putzt seine Schuhe besonders blank und lässt sich von einem Policeman erzählen, wo das Haus ist. Er findet eine Tür, steigt Treppen empor und wundert sich, keinen Menschen zu treffen. Schliesslich hat er sich in einem Gewirr von Gängen, die zwischen Bretterwänden und Türen hindurch führen, so verirrt, dass er sich auf eine Kiste hockt und lange nachdenkt. Was ist zu tun? Er ist wohl in ein falsches Haus geraten. Woher soll Brad wissen, wie ein Theater aussieht? Lesen kann er nicht. Spielerisch macht er sich nach einer Weile an die Kiste; wahrhaftig, sie ist unverschlossen; Farben und Gold geben sich ein Stelldichein des Triumphes in seinen Augen - es sind alte Bühnenkostüme - und er kann es nicht lassen: er muss, muss die Sachen anziehen, natürlich nur die herrlichsten.

Lustig ist - rotweiss mit Goldlitzen - der Anzug: seidene Schuhe mit zwei blitzenden Steinen, ein spitzer Hut mit Rüschen darauf. Wohlgefällig bleckt Brad seinem braunschwarzen Abbild im Taschenspiegel die Zähne entgegen. Er erschrickt: Waren das nicht Stimmen? Er horcht. Angsterfüllt ergreift er seinen Anzug, seine Schuhe, seinen Filzhut und jagt den Weg zurück, den er gekommen zu sein glaubt. Immer schneller rasen seine Füsse. Eine eiserne Treppe öffnet sich, und dort hört er die Menschen lauter reden. Er hetzt hinunter, drei Stufen, vier Stufen. Wieder öffnet sich ein Gang, aber hier brennen mehr Lampen, eine Glocke schrillt. Eine Tür klappt fern, und eine Frau in hellblauer Seide tänzelt hinaus, jener zarten Melodie entgegen, die Brad nun vernimmt. Mit den Ohren, mit allen Sinnen, mit den Füssen. Es ist eine Melodie von zarter Rhythmik, die seinen Körper sofort in sich hinein spannt. Ob er will oder nicht, seine Füsse tänzeln, hüpfen vorwärts, der Frau in Hellblau nach. Die Melodik wird stärker und stärker. An erstaunten Leuten vorbei tanzt er durch bemalte Pappwände. Scheinwerferlicht blendet einen Augenblick. Aber die Melodie führt ihn. Er kommt vorwärts, neben und hinter der Frau, die erschrocken tanzt.

Der Neger Brad steht auf der Bühne und weiss es nicht. Er ist hingerissen - im Rausch aus Klang, Rhythmik und gefundenem Kostüm tänzelt er mit rasender Schnelligkeit auf den Zehenspitzen rund um die Bühne, ein schwarzer Pierrot, immer noch das erstaunliche Bündel seiner Kleider unter seinem Arm: ein graues

Jackett, ein gelbes Hemd, ein Paar beigefarbener Schuhe, und über seinem Handgelenk flattern die grüne Kravatte und der weisse Kragen.

Dann setzt das Orchester aus. Ein seltsames, immer stärker anschwellendes Geräusch prasselt aus dem dunstigen Viereck vor dem Neger Brad. Die Tänzerin verbeugt sich. Das Klatschen setzt aus, und viele Stimmen brüllen, kreischen, toben: "Der Neger - der Neger!" Da geht die weisse Frau auf ihn zu, packt seine schwarze Hand und zerrt ihn zwischen den fallenden und sich hebenden Vorhang. Er lernt in einer Minute sich verbeugen und lässt das Abenteuer und sein Schicksal mit sich machen, was sie wollen....

Ja, es wird ein da capo nötig. Nachher hat ihm ein Herr im Smoking hinter dem Prospekt der Bühne die Hand gedrückt und ihn um seine Bedingungen gebeten. Der Herr sagte ehrfürchtig: "Sie haben das Menuett herrlich getanzt. Ich hätte nie geglaubt, dass ein Neger Mozart tanzen könnte..." Brad, der keine Ahnung von Mozart hat, bleckt die Zähne und lacht gutmütig. Diesen Augenblick nimmt der anwesende Reporter der "Chicago Tribune" wahr, um den neuen Star zu knipsen und er hat dann ein Interview mit Brad, das dem Reporter das Lob seiner Redaktion einträgt. Acht Tage später sieht man Brads, des Negers, Bild in allen illustrierten Blättern der Staaten. Die Geschichte seiner Entdeckung nimmt märchenhafte Formen an: Man bedenke, ein "coloured man" aus Ippletown kommt als Tramp nach Chicago, wird plötzlich ein grosser Tänzer und kommt wohl noch in diesem Jahre - wie er mir zähnebleckend sagte - zu einem Gastspiel nach Europa.

Die Tänzerin, durch seinen Erfolg verärgert und ihm gegenüber sehr boshaft wird auf dem gleichen Dampfer in Begleitung ihres Ehegatten und ihres Söhnchens nach Europa reisen. Sie spricht allerdings kein Wort mit Brad. Niemals wäre Evelyne sonst nach dem alten Kontinent gekommen. Dass sie einem Neger, der ihr gegenüber immer höflich bleibt, den Welterfolg verdankt, den sie allein nicht hatte, macht sie sehr böse - aber man will doch leben, nicht wahr? Sie bleibt Brads Partnerin in der Nummer "Der schwarze Pierrot".

Walter Anatole Persich.

Derwische, Soldaten und Händler.^x

SPD. Der Verkäufer in der kleinen Holzbude am Vorderdeck unsres Schiffes macht gute Geschäfte. Sein kleiner Boy, ein flinker, brauner Gesell, umkreist unsre Lagerstätten wie ein Raubtier seine Beute und stösst dabei seinen monoton schallenden Ruf aus: "Kahweh, Tschai...", was auf Deutsch heisst: Kaffee, Tee.

Was soll man den ganzen Tag in der Hitze der erbarmungslos brennenden Sonne treiben! Man liegt herum, liest, spielt und trinkt dabei unaufhörlich von der schwarzen Brühe, die in winzigen Tässchen als "Café turque" serviert wird. Es ist ein Gemisch von ganz fein gemahlenem Kaffee und Zucker, das in Wasser mitgekocht wird und in der Tasse als Satz liegen bleibt. Meist spürt man schon nach dem ersten Schluck das knirschende Kratzen zwischen den Zähnen, und noch halb gefüllt mit der dicken Flüssigkeit nimmt der Kellnerjunge die Tasse wieder zurück. Ich habe den grinsenden Wirt im Verdacht, dass er die gleiche Brühe ein paarmal aufkocht. Aber diese feierliche Handlung, das Geheimnis der Türken, den Kaffee in einem Holzkohlenfeuer in kleinen, kupfergeschmiedeten Töpfen zu kochen, vollzieht sich im hinteren Raume seiner Kombüse. Auf seinem Buffet hat er nur Gurken, Melonen, Oliven, Tomaten, gekochte Eier und gebackene Leberschnitten liegen. Aus diesem Vielerlei kann sich der Zwischendeckpassagier sein Menu aussuchen, wenn er sich nicht mit Käse und Brot begnügen will, wie die meisten der armen Bergbewohner, die mit uns den schmalen Raum der Zwischendeckklasse teilen.

Der einzige Platz, der Schatten gewährt und nicht überfüllt ist, liegt auf

dem Oberdeck hinter den Rettungsbooten. Dorthin habe ich mich geflüchtet. Schwarz steigt der Qualm der Kohlenfeuer aus dem Schornstein, doch hier oben ist Kühle, kräftiger Wind und der Anblick des erfrischenden Meeres. Ich muss an die Zeit zurückdenken, als ich selbst, allerdings auf einem Oeldampfer, die Fahrt über den Ozean als Trimmer mitmachte und die Kameraden immer von den Schrecken der Kohlenschiffe während der Fahrt durch den Panamakanal oder durch das Mittelmeer erzählten. Und plötzlich stehe ich vor der eisernen Tür im Betriebsgang des Schiffes, auf der in mir unverständlichem Türkisch sicher dasselbe geschrieben steht: "Eintritt strengstens verboten", wie an allen solchen eisernen Türen. Da glast es acht Mal in hellem Glockenschlag vom Auslug des höchsten Mastes. Zwölf Uhr Mittag. Steil steht die Sonne über uns. Mir läuft der Schweiss am Körper herunter. Schichtwechsel - Wacheablösung. Frische Kräfte kommen aus den Mannschaftskajüten. Nur mit einer leichten Leinenhose bekleidet springen sie eilig in den lebendigen Leib des Schiffes, schufteten vier Stunden lang in der Hölleluft der Maschinen und haben danach wieder acht Stunden Pause, Ausruhen, Schlafen, Essen. Nur die paar freien Stunden im Hafen sind Erlösung.

Jetzt schlägt wieder die ölige, rauchige Luft in den Gang. Die abgelöste Schicht kommt zurück. Ein schwarzer Russtaub liegt auf den braunen Körpern. Nur wo der Schweiss heruntergelaufen ist, sind helle Streifen. Stiere Augen sehen mich an wie einen Fremdling. Was hat der hier zu suchen? Langsam gehe ich zurück. Jetzt ist die freie Seeluft kühlender Balsam. Grün schimmert das Meer. Delphine tauchen auf und verschwinden wieder blitzschnell unter dem Wasser. Ganz nahe liegt die Küste. Weit in der Ferne leuchtet an einer hervorstehenden Spitze ein weisser Leuchtturm. Das ist der nördlichste Punkt Kleinasiens, mit der bekannten Wetterwarte Indsche Burun. Dahinter liegt ein kleiner Ort mit Holzhäusern und einer Burgruine: Ineboli. Schon rüsten die Aussteigenden zum Aufbruch.

Der Anker ist noch nicht heruntergelassen, da umschwirren schon kleine Ruderboote unsern Schiffskörper. Einigen wird von oben ein Seil heruntergeworfen, und eine katzenartige Gestalt klettert daran hoch an Bord. Schon zieht der braune Gesell noch ein grosses Bündel hinter sich her, breitet es auf den Planken der Ladeluke aus und schreit wild auf die ihn umdrängenden Passagiere ein. Aus den Decken wickelt er kalten Hammelbraten, Wassermelonen und Brot. Er macht ein reissendes Geschäft. Bis die übrige Schar der Obst-, Wasser- und Käseverkäufer über die Falltreppe heraufgekommen ist, hat er schon ausverkauft.

Jetzt kämpfen die Uebersetzboote um den günstigsten Platz. Niemand weiss genau, wie viele Personen an dieser Station aussteigen werden. Deshalb will jeder der Erste sein, um nicht Gefahr zu laufen, leer auszugehen. Mit den langen Ruderlöffeln stossen sie sich gegenseitig weg, schreien sich mit dem ganzen Aufwand ihrer Stimmen an, und es ist ein Wunder, dass niemand dabei ins Wasser fällt. Ein Unbefangener könnte meinen, es wäre ein Krieg aller gegen alle ausgebrochen, oder es würde ein wilder Kampf mit anstürmenden Räubern ausgefochten. Dabei ist es wahrscheinlich jedes Mal so, und vielleicht vertrinken sie alle später gemeinsam, was sie verdient haben.

Aufgeregt und ohne Ueberlegung rennt und strudelt jetzt in echt orientalischer Art alles durcheinander. Männer mit schwerem Gepäck balancieren über die schmale Treppe nach den schaukelnden Booten; andere drängen von unten herauf; Angestellte der Schiffahrtsgesellschaft versuchen, die Karten zu kontrollieren, doch niemand achtet darauf. Ein Bild wie in einem aufgestocherten Ameisenhaufen. Schon tutet die Sirene das Abfahrtszeichen, und noch immer handeln einige um einen unverschämten Preis für ein paar Weintrauben. Ein kleiner Junge verkauft Postkarten; sein Freund wartet unten mit dem Boot. Jetzt wird die Leiter hochgezogen. Schnell springen die letzten Nachzügler die Stufen herunter und mit gewaltigem Satz übers Wasser in die schwankenden Holzkasten. Doch für den Kleinen ist es schon zu spät. Der Matrose reisst ihn noch zurück; sonst wäre er sicher ins Meer gesprungen. Hilflos steigt er zurück an Deck, winkt seinem Kameraden und spricht einen anderen, vorübergehenden Matrosen an. Der hat

Mitleid mit dem armen, berlumpten Kerl, wirft ein Seil über die Reeling und lässt den Jungen daran herunterklattern. Vorsichtig schaut er nach oben auf die Kommandobrücke, denn sicher ist das Herunterklettern verboten. Doch die Offiziere sind alle im Speisesaal beim Mittagessen. Neugierig und belustigt schauen die Passagiere dem Schauspiel zu. Schon rasseln die Ankerketten. Es hängt von Minuten ab. Wenn die Maschine einsetzt und der Schiffskoloss losstampft, wird er die kleine Nusschale wie einen Wurm über den Haufen rennen. Zu lange dauert es, bis sich der kleine Körper, in der einen Hand die Schachtel mit den Postkarten haltend, in kurzen Zügen heruntergelassen hat. Vor Angst lässt er sich rubachen, vergisst die Karten, der Deckel des Cartons fällt, und wie Confetti fliegen die bunten Karten, vom Winde getrieben, davon. Boshaftes Lachen der Zuschauer. Doch für den Jungen hängt vielleicht das Schicksal, das Brot für die nächsten Wochen davon ab. Aus irgendeinem Grunde hat der Dampfer noch Aufenthalt. Tollkühn lässt sich der Knabe vor die alles zermalmenden Schrauben ins Meer fallen und fischt die noch auf der Oberfläche schwimmenden Bilder zusammen. Da erschallt warnend die Dampfpeife. Der Freund holt den Schwimmer ins Boot, und der Rest der Karten verschwindet im Wirbel der anfahrenen Schiffsschraube...

Immer weiter geht die Fahrt nach Osten. Das Leben an Bord, die frische Brise und der helle Sonnenschein haben auch die letzten Gestalten aus dem unteren Zwischendeck hervorgeholt. Unter einem kleinen Sonnendach sitzen ruhende Frauen, eingehüllt in ihre schwarzen Tücher, schweigend, in ihr Schicksal ergeben. Die türkische Sitte verbietet ihnen, sich frei zu bewegen. Auf der Lädenluke kauern jetzt nicht mehr die Händler, sondern ein paar alte Derwische in weissen Kopftüchern und sackkleinen Gewändern. Sie pressen die Hände gegeneinander, erheben sie und verneigen sich tief zur Erde. Alles, was um sie herum vorgeht, scheinen sie zu vergessen. Nur ihr Gebet zu Allah lebt. Erhabene Unbefangenheit des Orients. Zuletzt steigt eine seltsame Gruppe aus der dunklen Tiefe des Schiffsinners heraus. Ein türkischer Soldat mit aufgepflanztem Bajonett und zwei aneinander gefesselte Gefangene, ebenfalls noch in Uniform, aber verdreckt und verkommen. Sie werden zurück an die Kurdenfront gebracht, von wo sie desertiert waren. Der Wachhabende hat Mitleid mit ihnen und nimmt die Stahlfesseln ab. Traurig gehen sie nach dem Achterende des Schiffes. Was für uns Freiheit, Schönheit, Abenteuer ist, bedeutet für sie neue Qualen, Schiessen auf die eigenen Brüder... Wehmütig klagen sie in schaurigen Halbtönen der türkischen Volkslieder ihr Leid in den Wind.

Und immer weiter geht die Fahrt nach Osten...

Karl Müller.

Verdun 1930.^x

SPD. Ein Bergmann aus Alsdorf hat einen französischen Sonderkorrespondenten über die Unglücksstätte geführt. Der Franzose war erschüttert. Tränen traten ihm in die Augen. In diesem Augenblick ergriff der Bergmann die Hand des einstigen Feindes, wies mit der Linken auf das Chaos, auf die Särge, auf die Toten und sagte: "Verdun... Verdun...!" So berichtet es eine grosse Pariser Zeitung. Es ist gleichgültig, ob dieses Wort wirklich gefallen ist oder nicht. Was jedoch nicht gleichgültig ist, das ist die Folgerung, die die Menschheit am Allerseelentag, am Totensonntag zu ziehen hat. Millionen von Männern, Millionen von Frauen sind aufs tiefste ergriffen in Erinnerung an die Toten von Alsdorf. An die Toten von Maybach. An die fünfzehnhundert Toten in Süditalien, die Opfer des Erdbebens. An die zweihundert Toten, die der Sturm an der bretonischen Küste unter dem werktätigen Volk erraffte. An die fünfzig Opfer der Katastrophe des englischen Luftschiffs "R 101". Millionen von Frauen, Millionen von Männern trauern um diese dreitausend Menschen, die höhere Gewalt aus ihren Reihen riss, aber

was sind dreihundert, was fünfzehnhundert, was gar dreitausend Leben in einem modernen Kriege...? Verdun... Verdun... Gehen wir einmal, wie jener Arbeiter von Alsdorf es in Gedanken getan haben soll, den Weg von den Gräbern der unbekanntesten Toten der Arbeit zurück zu den unbekanntesten Toten des Krieges...!

Verdun 1930... Man kommt heute mit dem Schnellzug an und sieht gleich zuerst einen Friedhof (Faubourg Pavé). Ein feiner Regen fällt, dringt heimtückisch bis auf die Haut. Wie damals - alles hat sich geändert, nur das jämmerliche Wetter nicht. Aus dem Nebel tauchen neue rote Häuser auf, Strassenbahnen, Automobile geschäftige Passanten, unter den Schirm geduckt. Ein Regenschirm bei Verdun...? Es berührt wie Ironie der Geschichte! Noch ist nicht alles wieder aufgebaut in der Stadt. In den Vororten sind die Manceau-Kasernen immer noch wegrasiert vom Boden. Das ist nicht das Schlimmste, denkt man. Draussen in der Nähe schon wieder ein Friedhof. Fünftausend Tote, sieben unbekannte Soldaten darunter. Rechts der Tavannes-Tunnel, unter dem ein ganzes französisches Bataillon verschüttet wurde. Ein Stückchen weiter das berühmte Fort Vaux. Fünf Tage und fünf Nächte Trommelfeuer, um wenige Menschen zu zerschmettern. Die unterirdischen Gänge und Kasematten blieben im Zustande der Zerstörung erhalten. Ein Führer weist an die Wand: Spuren deutscher Flammenwerfer. Dort der Schalter, durch den der französische Kommandant Raynal die Brieftaube davonfliegen liess, und durch den er schliesslich nach hundertzwanzigstündiger Belagerung seinen Degen herausreichte, den er später als Zeichen besonderer Achtung zurückerhielt. Während sich die französischen Chauvinisten von diesem Orte nicht trennen können, gehen wir ein Stück weiter. "eben der Strasse, mitten im Felde, steht eine Tafel. Ein Wegweise? Nein. Ein Grab! Kein gewöhnliches. Auf der Tafel steht in grosser Schrift: "Hier lag das Dorf Fleurie". Fleurie... auf deutsch: Stätte der Blumen. Restlos verschwunden, zerstampft in Blut und Geschützhagel, wie die acht anderen blühenden Dörfer an der Front von Verdun.

Ein Denkmal... Ein verwundeter Löwe, der zum Angriff vorspringt. Er soll die französische Offensive unter Mangin versinnbildlichen.

Und dann... Douaumont... Oder, was von ihm übrig blieb. Oder der Preis, den es kostete: ein Friedhof mit fünfzehntausend Gräbern. Und nebenan, das Erschütterndste, was ein Mensch sehen kann; was jeder der 63 Millionen Deutschen sehen musste: Das Beinhaus mit den Resten von dreissigtausend unbekanntem Krieger... Hier "ruhen" sie, die namenlosen Söhne und Männer deutscher, französischer und britischer Frauen, die nie erfuhren, was mit ihren Lieben geschah, wo sie starben, wo sie endeten. "Vermisste"... Auf den Feldern rundum fanden die Bauern noch in diesem Herbst menschliche Knochen unter dem Pfluge, noch heute Granatsplitter und Uniformknöpfe.

Der Bajonett-Graben... So genannt, weil hier eine ganze Kampanie fiel, Gewehr im Anschlag, Kamerad neben Kamerad, aufrecht Bajonett neben Bajonett, wie eine Hecke aus Fleisch und Eisen. An dieser Stelle hat im vergangenen Sommer ein Amerikaner eine grosse Gedächtnishalle erbauen lassen. Sie ist gekrönt von einem Scheinwerferturm, dessen Licht Nachts über die Friedhöfe geistert.

Weiter, weiter... Die "Damen-Schlucht", aus der der Krieg eine "Todes-schlucht" machte. Dann die Stellungen von Bras, Belleville, Souville, Bois Bourru, wo für jeden Quadratmeter Boden Hekatomben von Soldaten geopfert wurden. Wer kennt noch die Namen? Zerschmettertes Leben, vernichtete Jugend, lehmiges Chaos. Hier sieht man keine Gräber mehr. Hier ist man mitten drin im Grab. Man geht buchstäblich auf Toten... Verdun... Verdun...

Die Schatten von Verdun anzurufen, diese Pflicht bringt uns der Totengedenktag des Katastrophenjahres 1930 ganz besonders deutlich ins Bewusstsein. Dreissigtausend Menschenleben, dem Moloch Unglücksfall geopfert, beklagt die Welt. Das ist viel, das ist erschütternd, das ist unendlich traurig. Sie fielen im Werktagsschlacht mit einer höheren Gewalt. Aber allein über hunderttausend Menschen, von denen nur zwei Drittel ein eigenes Grab besitzen, entriss uns dieses Verdun... Auch höhere Gewalt? Nein! Krieg ist Menschenwerk. Und vergänglich, wie Menschen sind. Wann können wir das Totenfest des Krieges feiern...? Wann?

B.M. Vogel

Herbstwanderung durch Neubrandenburg.^x

SPD. Unzählige Menschen wissen nichts von der stillen Kleinstadt an der Tollense, kennen höchstens ihren Namen. Nur die wenigsten Durchreisenden machen sich die Mühe, hier einmal auszusteigen und den Schönheiten der Fritz Reuterstadt nachzuspüren. Lautes Leben, grosse Vergnügungsstätten, ein abwechslungsreiches Strassenleben wird man hier allerdings vergebens suchen. Aber an interessanten Baudenkmalern, an romantischen Winkeln, an Landschaftsschönheit darf sich "Nibramburg" getrost mit seiner süddeutschen Schwester, mit Rothenburg an der Tauber, messen.

Der ganze Rundgang auf den Wällen um die Stadt herum dauert eine halbe Stunde. Dabei kann man freilich die Schönheiten, denen man auf Schritt und Tritt begegnet, nur flüchtig betrachten. Da sind vor allem die hochragenden gotischen Stadttore, das alte Friedländer Tor in seiner schlichten Zweckmässigkeit und nicht weit davon entfernt das Stargarder Tor mit seinem historischen Schmuck, den betenden 9 Jungfrauen. Eindrucksvoll ist auch das Treptower Tor mit seinen drei Stockwerken und dem reichen Ornamentenschmuck. Ursprünglich besass Neubrandenburg nur die inneren Tore. Erst später wurden die äusseren Bollwerke gebaut, die mit den Innentoren durch Mauern verbunden wurden. Alles Baudenkmal einer primitiven, kriegerischen Zeit, in der Faustrecht über Vernunft ging.

Ganz nahe am Neuen Tore liegt das Grab des Bürgermeisters Brillewisse, der im Kampfe gegen die benachbarte vorpommersche Stadt Treptow gefallen ist. Welche ungeheuerlichen geschichtlichen und politischen Wandlungen hat seitdem nicht nur die kleine Stadt an der Tollense, sondern ganz Deutschland erlebt! Wie ein Markstein am Wege ist dieses Grab! Damals kämpften die kleinen Nachbarstädte gegeneinander, bis der Feind geschlagen am Boden lag. Dann kamen die Kleinstaaten, die benachbarten Landschaften. Ihnen folgten die Länder. Und noch ist kein Jahrhundert vergangen, seitdem der Süddeutsche der erbitterte Feind des Preussen war. Unser Zeitalter musste den Weltkrieg erleben, der die Völker Europas gegeneinander trieb. Hoffen wir und setzen wir unsere ganze Kraft dafür ein, dass einst eine Zeit kommen wird, in der unsern Nachkommen dieser Weltbrand ebenso nutzlos, so überlebt erscheinen wird, wie uns Heutigen der Streit zwischen den beiden Nachbarstädten Treptow und Neubrandenburg erscheint! — Efeu und Schlinggewächse, Flieder und Ginster bedecken heute die Kampfstätten. In leuchtenden Farben des Herbstes schimmert das Laub der alten Bäume und die Neubrandenburger Liebespärchen, deren Lieblingsspaziergänge in die lauschigen Winkel dieser Idylle hineinführen, betrachten die dicken Kanonenkugeln, die im Dreissigjährigen Kriege in die Mauern geschossen wurden und bis heute dort stecken geblieben sind, wie ein lustiges Spielzeug, —

Vergangenheit und Gegenwart durchdringen sich hier. In die Stadtmauer sind in einem Abstand von etwa 30 Metern die sogenannten Wiekhäuser eingebaut, die in dieser Umgebung entzückend wirken. Es ist eine Welt anheimelnder Romantik, ein Bild tiefster Idylle, wie es Spitzweg oder Ludwig Richter als Erinnerung an eine "gute alte Zeit" auf der Leinwand wiedergegeben haben. Aber rasch versinkt diese Welt, wenn man eins dieser Wiekhäuser betritt und mit den Bewohnern ins Gespräch kommt. Denn dem idyllischen Aeusseren entspricht ein höchst bescheidenes, ein ärmliches und primitives Inneres. Ein Stall, der in eine Küche eingebaut wurde, und ein Wohnraum — mehr Platz bietet das Häuschen nicht. Und in diesen beiden Räumen hausen oft sechs und noch mehr Menschen! Proletariernot, Proletarierschicksal, auch hier!

Im Vergleich zu diesen Wohnstätten ist das berühmte "Paleh" von Dörchläuchting trotz seiner Schlichtheit ein Prachtbau. Die unzähligen Blitzableiter über der Terrasse und den Fenstern vermögen diesen Eindruck stolzer Geschlossenheit nicht zu zerstören. Wir befinden uns hier mitten in der Welt Fritz Reuters und man würde sich nicht wundern, wenn auf einmal Dörchläuchting das Fenster öff-

nete, um nach einem etwa kommenden Unwetter, vor dem er sich sein Leben lang so fürchtete, Ausschau zu halten. Auch die Häuser, in denen Bäcker Schultsch und Christelsswester, der Konrektor Aepinus und Fritz Reuter selbst gewohnt haben, sind noch erhalten. Und auf dem Marktplatz steht die Bäckerin Schultsch in drohender Haltung vor ihrem Herrn und begegnet seinen Worten "Impertinentes Frauenmensch" mit einem so selbstbewussten Gesichtsausdruck, dass man das vernügte Schmunzeln, mit dem so mancher Stehenbleibende dieses Denkmal betrachtet, nur zu gut verstehen kann.

Dieses malerische Städtchen liegt obendrein in der wundervollsten Umgebung, die man sich nur denken mag. Kaum eine halbe Stunde dauert der Weg vom Treptower Tor an der alten Mühle vorbei und am Oberbach entlang - dann öffnet sich die Tollense mit ihren schilfumsäumten, bewaldeten Ufern. Weisse Segel tanzen über die weitgestreckte schimmernde Wasserfläche, und aus sonnendurchflutetem Herbstwalde blickt von einer kleinen Anhöhe die "Bellmanndür" Fritz Reuters herab auf diese Landschaft der Weite und Farbenschönheit, in die unzählige Wanderwege führen.

Abseits und versteckt lag diese Schönheit noch vor wenigen Jahren. Aber je weiter Berlin sich ausdehnt, um so näher wird die Entfernung zwischen Berlin und der Stadt an der Tollense. Noch ruht Neubrandenburg abseits der grossen Heerstrasse, abseits vom Verkehr. Und doch liegt es bereits vor den Toren der Weltstadt.

E.M.

Ein Astrologie-Preisausschreiben.^x

SPD-Anhänger des Aberglaubens, sei es aus Gründen des Geschäfts oder der Ueberzeugung, gibt es auch heute, im Zeitalter der Naturwissenschaften, sehr viele. Und da bei aller Forschung der modernen Wissenschaft noch immer viel zu entdecken übrig bleibt, so berufen sich die Freunde des Aberglaubens auf nichts lieber als auf das alte Shakespearewort: "Es gibt mehr Dinge zwischen Himmel und Erde, als eure Schulweisheit sich träumen lässt." Meistens ist es zwecklos, gegen solche unter dem Mantel der Wissenschaftlichkeit auftretende Vertreter des Aberglaubens mit Vernunftgründen anzukämpfen. Einen ausserordentlich geschickten Weg hat aber eine grosse amerikanische Zeitschrift eingeschlagen, die unter anderem ein Astrologie-Preisausschreiben veröffentlichte. Um festzustellen, wieviel wirkliche Wissenschaft hinter diesen mystischen Lehren steckt, wurden viele hohe Preise ausgesetzt. Der Sterndeuter, der drei genaue, bis in alle Einzelheiten richtige Horoskope ausarbeitet, soll 1000 Dollar bekommen, und 5000 Dollar derjenige, der drei grosse Ereignisse voraussagt, die auf keine andern Wege vorherbestimmt werden können. Jedes Ereignis muss genau beschrieben, und Oertlichkeit, Ursache und Folgen müssen bis in alle Einzelheiten angegeben sein.

Vorläufig ist nur ein Ergebnis bekannt geworden. Von der Leitung des Preisausschreibens bekam eine berühmte amerikanische Astrologin nähere Angaben über eine bekannte Persönlichkeit, ohne dass ihr natürlich gesagt wurde, um welche es sich handelte. Sie erhielt: genaue Geburtsstunde, Geburtstag, Geburtsort, Jahr der Heirat, Geburt des ältesten Sohnes, Zahl der Kinder und den Tod der Gemählin. Damit hatte die Astrologin die genauen Daten des Exkaisers Wilhelm II. erhalten. In ihrem Horoskop schilderte sie aber allerlei unzutreffende Ereignisse. So erklärte sie das Jahr 1926 für bedeutungsvoll und entscheidend, obschon es für Wilhelm II. nichts besonderes brachte. Die aber wirklich verhängnisvollen und entscheidenden Jahre 1914 und 1918 die für Wilhelm II. und besonders für das deutsche Volk ausserordentlich bedeutungsvoll waren, übergang sie vollständig. Es scheint also mit der "Wissenschaft" der Astrologie nicht weit her zu sein, und der Astrologie-Preis ist für eventuelle Bewerber noch immer zu haben.

Abendliches Lied.^x

Kindlich wird unser Tun
und unser Handeln im ewigen Ringe.
Menschengleich wollen des Tags laute Dinge
tatmüde ruhn.
Auch die Strassen sind stumm,
plaudern und schwatzen nicht mehr, wie am Tage.
Lüste und Freuden, und Qual, Not und Plage,
entschlafen ringsum.
Vom Unendlichen schwer
lastet das Dunkel auf schlafendem Haus;
über uns im weltweiten Sternengebraus
wachtet der Herr.

Rolf C. Reiner.

SPD. Das seltenste Metall.^x Unter allen uns bisher bekannten Metallen ist das Protaktinium das teuerste und seltenste; es übertrifft in dieser Beziehung sogar das Metall Rhenium. In der Tabelle der Elemente von Mendjelwe und Lothar Meyer besitzt es die Nummer 91. Das Protaktinium wurde vom deutschen Chemiker V. Grosse entdeckt. Die Menschheit besitzt etwa 400 Gramm Radium, 200 Gramm Rhenium, aber kaum 20 Gramm Protaktinium. Besonders merkwürdig an diesem radioaktiven Element, das ebenso wie das Radium drei verschiedene Strahlenarten aussendet, ist die Tatsache, dass sein Atomzerfall etwa 25 mal langsamer erfolgt als der des Radiums. Die Strahlungsenergie eines Gramms Radium ist rechnermässig mit 2 000 Jahren, jene des Protaktiniums jedoch mit 50.000 Jahren begrenzt. Unter allen bis heute bekannten Stoffen des Kosmos ist das Protaktinium auch der langlebigste. Unsere Sonne und die unzählbaren Riesen Sonnen der Milchstrasse mögen wohl sehr grosse Mengen von Protaktinium neben Rhenium und Radium enthalten. So führt man besondere Erscheinungen in den Sonnenprotuberanzen auf gigantische Aktionen dieser drei Elemente zurück.

SPD. Ein Mammutfund in Kärnten.^x In der Glanfurt nahe dem Wörthersee wurde ein beschädigtes Knochenfragment gefunden, das nach Ansicht von Fachleuten von einem eiszeitlichen Tier, einem Mammut, stammen soll. Im Gegensatz zu andern Ländern sind in Kärnten Mammutreste sehr selten. Bisher waren nur ein Zahn aus der Umgebung von Althofen und zwei Zahnreste von St. Paul im Lavanttal bekannt.

SPD. Ein wackeliges Gebäude.^x Ein junger Engländer schwatzte auf einem Gesellschaftsabend unaufhörlich und renommierte mit seinen ausserordentlichen Kenntnissen auf beinahe jedem Gebiete menschlichen Wissens. Da fragte ihn der anwesende Schriftsteller Chesterton: "Wie haben Sie sich nur dieses viele Wissen erworben?"
"Alles durch eigene Arbeit. Ich bin der Baumeister meines eigenen Wissens; das kann ich wohl sagen."
Chesterton lächelte hinterlistig: "Damals war wohl die ganze Londoner Bau-polizei auf Urlaub?"
